AZA 3000 BERN 15 NR. 12 | 26. JUNI 2020 | FR. 2.80 | www.workzeitung.ch

UNIA

DIE ZEITUNG DER GEWERKSCHAFT.

work

Fanny Ziegerhofer: «Hausmädchen» bei Schwarzenbach. Seite 7

1 Schwan = 308 Betriebsbüezer

Schamlos, schamloser, Schwan – der Roche-Chef kassiert 308 Mal mehr als ein Betriebsbüezer • **Die Corona-Profiteure:** Millionen-Dividenden, die Löhne bezahlt die Allgemeinheit • **Unia-Studie:** Die Lohnschere öffnet sich noch weiter. Seite 5

Lebenslanger Lohnklau

Illegal geschasst: Ärztin will Schadenersatz. Seite 9

Das Schweine-System

Corona in deutscher Grossmetzgerei. Was in der Schweiz warum anders läuft. Seiten 2–3

Kommt der Care-Streik?

Dore Heim ist Madame Service public beim SGB. Sie sagt, was sich nach der Coronakrise ändern muss. Seiten 10–11

FOTOS: KEYSTONE (4), THOMAS FISCHER; MONTAGE: WORK/TNT GRAPHICS

workedito
Marie-Josée Kuhn

CORONA IST NICHT SCHULD

Masken runter, Büros und Beizen auf – ist das Gröbste jetzt überstanden? Bestimmt nicht ökonomisch. Denn nach der Coronakrise fängt die Wirtschaftskrise erst richtig an. In der Schweiz ist die Zahl der Erwerbslosen trotz Kurzarbeit im Vergleich zum Vorjahr um fast 54 Prozent gestiegen. Das ist massiv. Und sie trifft vor allem die Über-55jährigen. SGB-Chefökonom Daniel Lampart hat's untersucht und ist erschrocken (Seite 4). Doch das ist erst der Beginn: Sämtliche Daten sagen eine grosse Konkurs- und Entlassungswelle für den frühen Herbst voraus. Auch in der Schweiz. Denn die Coronakrise kaschiert eine tiefere Krise des Finanzkapitalismus, die seit 2008 regelmässig zu neuen und immer schärferen Ausbrüchen führt. Das zeigt work-Autor Oliver Fahrni in seinem Erklärstück (Seite 13).

Corona verstärkt den Wahnsinn nur.

SCHWEINESYSTEM. *Nichts von Überstanden ist auch das Virus. Gerade noch plante Portugal, mit dem Lockruf «Quasi-Corona-freies-Ferienland» den Tourismus wieder anzukurbeln. Doch jetzt breitet sich Covid-19 aus wie der Wind. In den Armenvierteln rund um die Hauptstadt Lissabon, dort, wo vor allem schwarze Einwanderer aus den Ex-Kolonien hausen. Kein fliessendes Wasser, kein Geld für Desinfektionsmittel, Wellblechhütten. Jetzt ist auch Lissabon zum Hotspot geworden.*

Und neue Corona-Hotspots entstanden auch in Deutschland: Im Fleischbaronen-Land Nordrhein-Westfalen. 1500 infizierte Büezer schon nur in der Riesenschlächterei Tönnies. Genau, in jener von Milliardär und Schalke-04-Präsident Clemens Tönnies! Noch vor kurzem lobte er seine Fabrik als «vorbildlich». Dabei wissen es alle seit Jahrzehnten: in den deutschen Schlachthöfen herrscht ein Schweinesystem (Seite 3). Unternehmer führen Arbeiten nicht mit eigenen Angestellten aus, sondern geben sie im Werkvertrag einem Subunternehmer weiter. Und dieser gibt ihn auch wieder weiter – und so weiter. Hauptsache Lohndruck. Hauptsache Billigfleisch. Kalte, feuchte Hallen und Elendsunterkünfte. Denn sie halten ihre Arbeiter aus Osteuropa wie die Schweine, die diese schlachten müssen. Ein gefundenes Fressen für das Virus.

MIT ODER OHNE? *Corona kommt. Corona geht. Und Corona ist noch lange nicht überstanden. Aber Corona ist nicht schuld am Wahnsinn im Kapitalismus. Corona verschärft ihn nur. Zum Beispiel den Wahnsinn einer Personenfreizügigkeit ohne Lohnschutz und ohne flankierende Massnahmen. Wie sie Deutschland hat. Und wie sie die SVP auch in der Schweiz einführen möchte. Gut nur, dass wir eine «Personenfreizügigkeit mit» haben. Eine mit flankierenden Massnahmen. Sie machen sogar Schlachthof-Arbeit ein bisschen erträglicher (diese Seite).*

SCHWEINEREI: In der Schlächterei Tönnies in Nordrhein-Westfalen haben sich mehr als tausend Mitarbeitende mit dem Coronavirus infiziert. FOTO: KEYSTONE

Darum hat die Schweiz keinen Schlachthof-Skandal

Corona-Prävention durch GAV und Flankierende

Die Schweizer Schlachthöfe hatten bisher wenig Corona-Fälle. Das ist auch den flankierenden Massnahmen zur Personenfreizügigkeit zu verdanken.

JONAS KOMPOSCH

Geht's um die Wurst, versteht SVP-Nationalrat Andreas Glarner keinen Spass. Als vor zwei Jahren Gerüchte um ein Cervelatverbot an einer Schule die Runde machten, empörte sich der rechte Hardliner gewaltig. Und wollte sogleich 2000 Exemplare der quasi-heiligen Nationalwurst unter die Kinder bringen. Doch ausgerechnet der angebliche Wurstliebhaber Glarner und seine SVP erweisen der Schweizer Fleischwirtschaft jetzt einen Bärendienst. Denn mit ihrer Kündigungsinitiative, die im September an die Urnen kommt, attackieren die Abschotter die flankierenden Massnahmen zur Personenfreizügigkeit frontal. Und setzen damit nicht nur den Lohnschutz, sondern auch die Hygienestandards und Arbeitsbedingungen in Schweizer Schlachthöfen aufs Spiel. Und damit die Gesundheit aller. Das zeigt deutlich ein Vergleich der Corona-Situation in schweizerischen und deutschen Betrieben. Während beim deutschen Billig-Fleischbaron Tönnies der Super-GAU herrscht und schon über 1500 Mitarbeitende an Corona erkrankt sind, geben die schweizerischen Fleischfabriken allesamt Entwarnung. Corona-Infektionen seien in hiesigen Schlachtbetrieben nur vereinzelt festgestellt worden, und man habe die Lage im Griff, heisst es aus der Branche einhellig. Das könnte auf den ersten Blick erstaunen. Denn in struktureller Hinsicht ist die deutsche Fleischindustrie nicht grundverschieden von der schweizerischen.

FOTO: KEYSTONE

Zwar ist das Tönnies-Werk in Rheda-Wiedenbrück mit seinen mehr als 6500 Mitarbeitenden ein Mammut im Vergleich zum grössten Schlachthof der Schweiz. Dieser steht in Oensingen SO, wo 409 Mitarbeitende für die Coop-Tochter Bell Rinder, Schweine und andere Haartiere zerlegen. Doch in beiden Ländern findet seit Jahren ein Konzentrationsprozess statt – zugunsten immer weniger Unternehmen, die in immer grösseren Fabriken produzieren.

Auch ist hier wie dort der Preisdruck hoch, was oft direkte Auswirkungen auf Arbeitsbedingungen, Tierschutz und Löhne hat. Letztere sind ennet dem Rhein miserabel. Gemäss der Bundesagentur für Arbeit verdienen etwa rumänische Vollzeitmitarbeitende deutscher Schlachthöfe im Schnitt bloss 1700 Euro brutto. Und davon geht ein Teil als Mietzins meist direkt wieder an den Arbeitgeber zurück. Denn dieser ist bei rund der Hälfte aller Beschäftigten nicht der Fleischkonzern, sondern ein Subunternehmen oder eine Temporäragentur. Und diese quartieren die Menschen in schäbige Behausungen zu horrenden Preisen ein (siehe Seite 3).

ANDERE LÖHNE

Saftig sind die Löhne auch in der Schweiz nicht. Denn der handzahme Metzgereipersonalverband (MPV) ist keine echte Gewerkschaft, handelt aber mit den Arbeitgebern seit je exklusiv den Gesamtarbeitsvertrag (GAV) aus. Doch immerhin schreibt dieser für eine Metzgerin mit eidgenössischem Fähigkeitszeugnis einen Mindestlohn von 4200 Franken vor. Für dieses Geld einen anspruchsvollen Knochenjob zu machen – dazu sind allerdings immer weniger Schweizerinnen und Schweizer bereit. Kommt dazu: das Schlachten gehört bei den meisten Schweizer Metzgerlehrlingen nicht einmal mehr zur Ausbildung. Die nötige Manpower fürs Grobe holen sich die Firmen daher zunehmend aus Osteuropa.

MEHR SCHUTZ

Dennoch betont Ruedi Hadorn, Direktor des Schweizer Fleisch-Fachverbands (SFF): «In der Schweiz haben wir ganz andere Verhältnisse als in Deutschland.» Temporärangestellte seien nämlich grundsätzlich selbst für ihre Unterbringung verantwortlich. Zudem seien die Arbeitsverhältnisse aufgrund der notwendigen Arbeitsbewilligungen von längerer Dauer. Und auch Subunternehmen seien mit ihren Mitarbeitenden den allgemeinverbindlichen Gesamtarbeitsverträgen unterstellt. Tatsächlich müssen selbst ausländische Entsendefirmen ihren in der Schweiz tätigen Mitarbeitenden Schweizer Löhne gemäss dem allgemeinverbindlichen GAV zahlen. Für diesen Lohnschutz sorgen die flankierenden Massnahmen in der Personenfreizügigkeit. Sie garantieren, dass die ausländischen Mitarbeitenden nicht wie in Deutschland in engen Elendsunterkünften hausen müssen, sondern sich eine Wohnung leisten können. Deutschland hingegen hat die Personenfreizügigkeit ohne flankierende Massnahmen. So wie sie Cervelat-Glarner und seine SVP wollen.

In den Schlachthöfen Deutschlands zeigt sich, was die SVP will.

Und doch bleibt ein schaler Nachgeschmack. Denn für Mitarbeitende mit «unterdurchschnittlichem Leistungsvermögen» schreibt der Schweizer GAV keinen Mindestlohn vor. Ebenso wenig für Hilfspersonal. Dabei stammt gerade dieses oft aus Osteuropa. Hier besteht also dringender Handlungsbedarf.

Schweiz: Fleischkonsum sinkt

Die Cervelat ist die Schweizer Nationalwurst schlechthin. 160 Millionen Stück verdrücken wir jedes Jahr. Das entspricht mehr als dem Dreifachen des jährlichen Bratwurstkonsums. Besonders beliebt sind die «Stumpen» gemäss Bundesstatistik bei 50–64jährigen aus ländlichen Regionen der Deutschschweiz. Ihren Namen hat die Cervelat vom Schweinehirn (lateinisch: cerebrum porci), das der Rinderdarm gemäss dem Urrezept aus dem 16. Jahrhundert enthielt.

50 KILO PRO JAHR. Insgesamt sinkt der Fleischkonsum in der Schweiz seit 1987. Damals assen wir noch 63 Kilo Tier pro Jahr. Heute sind es noch 50 Kilo. In Deutschland ist die Fleischeslust billiger zu stillen und damit noch grösser als in der Schweiz – und zwar um 10 Kilo pro Kopf und Jahr. (jok)

Biberli meint: «Schöne Ferien!»

Die nächste Ausgabe von work erscheint am 21. August 2020.

FLEISCHBARON: Schlachtschweine haben Tönnies-Chef Clemens Tönnies zum Milliardär gemacht. FOTO: KEYSTONE

Tausende Corona-Infizierte in deutschen Schlachthöfen

Das Schweine-System

In der deutschen Fleischindustrie sorgt ein undurchsichtiges System für skandalöse Lebens- und Arbeitsbedingungen. Nicht nur beim Billigfleisch-Giganten Tönnies.

GABRIELE BECKER*, BREMEN

Mindestens 1500 Menschen haben sich allein bei Deutschlands grösstem Fleischproduzenten Tönnies Holding im nordrhein-westfälischen Rheda-Wiedenbrück unverschuldet mit dem Coronavirus infiziert. Deshalb leiden Hunderttausende seit dieser Woche erneut unter einem regionalen Lockdown. Die Wirtschaft in der Region liegt brach, Schulen und Kindertagesstätten bleiben geschlossen.

Dabei hatte Fleischbaron Clemens Tönnies und Präsident des Fussballclubs Schalke 04 (geschätztes Vermögen 2019 gemäss Forbes: 1,4 Milliarden Euro) seinen Betrieb noch vor kurzem als «vorbildlich» gepriesen. Doch die starke Corona-Ausbreitung in der Fleischbranche ist keine Überraschung. Vielmehr hat das Virus ans Licht gebracht, was längst bekannt war: die erbärmlichen Arbeits- und Lebensbedingungen der meist osteuropäischen Werkvertragsbeschäftigten.

Allein am Tönnies-Stammsitz in Rheda-Wiedenbrück arbeiten mehr als 6500 Mitarbeitende, von denen etwa die Hälfte aus Ungarn, Bulgarien und Rumänien stammen und über Werkverträge beschäftigt sind. Werkverträge werden zwischen Unternehmen und Beschäftigten geschlossen und beinhalten eine konkrete zu erbringende Arbeitsleistung. Mitarbeitende müssen diese dann selbständig organisieren und ausführen, etwa mit eigenem Messer oder eigener Arbeitskleidung, teilweise auf dem Betriebsgelände des Auftraggebers.

Das Geflecht ist undurchsichtig, manche Arbeiter wissen nicht einmal genau, wer gerade ihr Arbeitgeber ist. Szabolcs Sepsi vom Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) erklärt in der deutschen Wochenzeitung «Die Zeit»: «Auch unter den Subunternehmern herrscht ein harter Konkurrenzkampf.»

IMMENSE GEFAHREN

Mit dem dubiosen Werkvertragssystem in Deutschland entledigt sich das Unternehmen seiner sozialen Verantwortung. Die Arbeiter stehen unter Druck, die vertraglich festgeschriebenen Schlachtmengen zu erfüllen. Jede Woche werden allein in Rheda im Schichtsystem 150 000 Schweine geschlachtet. Für Frisch- und Tiefkühlwaren werden täglich 850 Tonnen Fleisch verarbeitet. Gesundheitsschutz steht dabei hintan. Der stellvertretende Vorsitzende der Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG), Freddy Adjan, kritisierte bereits im März: «Temperaturen in den Hallen von 6 Grad und Feuchtigkeit, eng aneinandergereihte Arbeitsplätze in der Zerlegung, das birgt immense Gefahren.»

Wer krank ist, wird unter Druck gesetzt, trotzdem zu arbeiten.

Branchenriese Tönnies beliefert nicht nur in Deutschland Supermärkte mit Frischfleisch und Tiefkühl-Convenience-Produkten, sondern exportiert weltweit. In der Schweiz standen noch vor kurzem Lidl und Migros auf der Kundenliste. Auch Aldi Suisse führt Fleischware aus Rheda. Bei Lidl und Aldi in Deutschland stehen die Tönnies-Produkte unter den Markennamen «Landjunker» und «Meine Metzgerei» im Kühlregal. Mit dem Aufkommen der ersten Corona-Infektionen in Schlachtbetrieben war die Initiative «Faire Mobilität» des DGB vor Ort. Die Beschäftigten direkt zu kontaktieren gestaltet sich aber schwierig. Denn die Schlachtbetriebe machen es sich einfach, indem sie die Frage, wo die Beschäftigten unterkommen, an Subunternehmer delegieren, die wiederum mit Privatleuten oder Immobilienbesitzern zusammenarbeiten, die alle kräftig mitverdienen. Bis zu 350 Euro (über 370 Franken) kostet ein Bett in einer überbelegten Wohnung. Die Wohnverhältnisse sind miserabel: Viele Menschen leben auf begrenztem Raum, oft in kleinen, vergammelten Zimmern mit schlecht funktionierenden sanitären Einrichtungen. Leichtes Spiel für ein Virus also.

FOTO: KEYSTONE

TOR: Clemens Tönnies ist Präsident des Fussballclubs Schalke 04.

Wer krank ist, wird unter Druck gesetzt, trotzdem zu arbeiten. SGB-Gewerkschafter Sepsi erklärt: «Die Subunternehmer haben sich perfide Methoden ausgedacht, um Lohnfortzahlungen und Kündigungsfristen auszuhebeln: Für jeden Krankheitstag wird beispielsweise kurzerhand die Miete in der Sammelunterkunft um 10 Euro erhöht.» Wer länger ausfalle, müsse damit rechnen, dass man ihn los werden wolle.

Branchengrössen wie Westfleisch wollen jetzt künftig auf Werkverträge verzichten. Auch Tönnies selbst erklärte öffentlich, das Werkvertragssystem beenden zu wollen. Vermutlich nicht zuletzt deshalb, weil der Handel eine sinkende Nachfrage beim Billigfleisch fürchtet. Die Schwarz-Gruppe (Lidl und Kaufland) hat bereits strengere Auflagen für Fleischproduzenten angekündigt.

NEBELKERZEN

Und die Politik? Mitte Mai bereits beschloss die deutsche Bundesregierung, dass Schlachten und Zerlegen ab 2021 nur noch mit Beschäftigten des eigenen Unternehmens zulässig sind. Die Kontrollen sollen verschärft und auf die Wohnungen und Unterkünfte ausgedehnt werden. Kontrollkapazitäten in den Bundesländern, die teilweise kaputtgespart wurden, werden aufgestockt. Digitale Zeiterfassung soll für Transparenz bei den Arbeitszeiten sorgen. Nur: Die Empörung der Politik in diesen Tagen hat einen bitteren Beigeschmack. Mehr als 20 Jahre lang hat man auf Druck der Fleischbarone und Lobbyisten weggeschaut. Vor diesem Hintergrund erscheinen auch die aktuellen Ankündigungen von Tönnies & Co. fragwürdig. Dazu der stellvertretende NGG-Vorsitzende Freddy Adjan: «Das sind Nebelkerzen! Freiwillige Lösungen haben in der Fleischindustrie noch nie funktioniert und werden nicht funktionieren. Die Arbeits- und Lebensbedingungen in der deutschen Schlacht- und Zerlegeindustrie werden sich nur mit scharfen und engmaschig kontrollierten Gesetzen bessern.»

* Gabriele Becker ist freie Journalistin in Deutschland.

Schlachthof-Skandal

Hinsehen und handeln!

Der Skandal in deutschen Fleischfabriken ist ungeheuerlich. Es kommen Zustände ans Tageslicht, welche die Gewerkschaften seit Jahren vergebens anprangern. Da geht es nicht um einzelne Verfehlungen, sondern um ein ausgefeiltes Geschäftsmodell der Brutalo-Ausbeu-

Andreas Rieger war Co-Präsident der Unia. Er ist in der europäischen Gewerkschaftsbewegung aktiv.

tung. Unternehmer führen Arbeiten nicht mit eigenen Mitarbeitenden aus, sondern geben sie im Werkvertrag einem Subunternehmer weiter. Wohlwissend, dass dieser nur eine Strohmannfirma ist und den Vertrag an weitere Subunternehmen weitergeben wird. Wer sind die Menschen, die am Schluss die Arbeit wirklich ausführen? Unter welchen Bedingungen? Niemand weiss es, und niemand kümmert's, Hauptsache, die Arbeit ist billig, dank 60-Stunden-Wochen zum Lohn von «normalen» 38 Stunden, Unterkünften wie Internierungslager usw.

Organisierte Veantwortungslosigkeit auch bei uns? Nein danke!

KAPUTTGESPART. All dies geschieht nicht in einer entfernten Mafiaregion, sondern im ordentlichen Deutschland. Und all das ist EU-rechtlich abgesegnet von der transnationalen Dienstleistungsfreiheit. Sie macht Ketten-Werkverträge möglich, endlose Temporärarbeit und Entsendung sowie falsche Selbständigkeit. Alles «erfunden» zur Umgehung der sozialen Rechte der Arbeitenden. Ein krankes System.

Selbstverständlich werden Schlachthöfe wie auch Baustellen in Deutschland kontrolliert. Aber plötzlich stellen Politiker fest, dass die Arbeitsmarktkontrollen kaputtgespart wurden. Es herrscht ein Vollzugsnotstand. Jetzt erwacht plötzlich auch die Regierung. Arbeitsminister Hubertus Heil sieht ein «System der organisierten Verantwortungslosigkeit» und will ein Verbot von Werkverträgen im Kernbereich der Fleischindustrie einführen. Aber warum nur da? Das kranke System existiert auch auf dem Bau, in der Logistik und weiteren Branchen.

Jörg Märle, regionaler Geschäftsführer des Deutschen Gewerkschaftsbunds (DGB), fordert drum: «Das geplante Verbot muss für alle Branchen gelten.» Der Staat müsse endlich genügend kontrollieren und Strafen aussprechen. Hinsehen und handeln!

RAHMENABKOMMEN. Vor dem Hintergrund des deutschen Fleischskandals besehen, sind die Forderungen von süddeutschen Politikern an die Schweiz geradezu absurd. Sie verlangen nämlich, wir müssten uns in Sachen Entsendung von Arbeitnehmenden dem EU-Standard anpassen. Unsere Kontrollen und Sanktionen lockern. Es ist zentrales Thema bei den Verhandlungen über das institutionelle Rahmenabkommen. Da können wir nur sagen: Organisierte Verantwortungslosigkeit auch in der Schweiz? Nein danke!

SGB-Chefökonom Daniel Lampart ist besorgt:

Corona-Entlassungen treffen vor allem Ü 55

Neues Sozialwerk: Überbrückungsrente für Ü 60

Die Überbrückungsrente für ältere Ausgesteuerte ist beschlossene Sache. Das ist erfreulich. Trotz den bürgerlichen Abbauarbeiten am ursprünglichen Vorschlag des Bundesrates. Das neue Sozialwerk ist auch ein Erfolg für SGB-Chef Pierre-Yves Maillard. Er hatte die Rente zusammen mit Arbeitgeberpräsident Valentin Vogt ursprünglich angestossen.

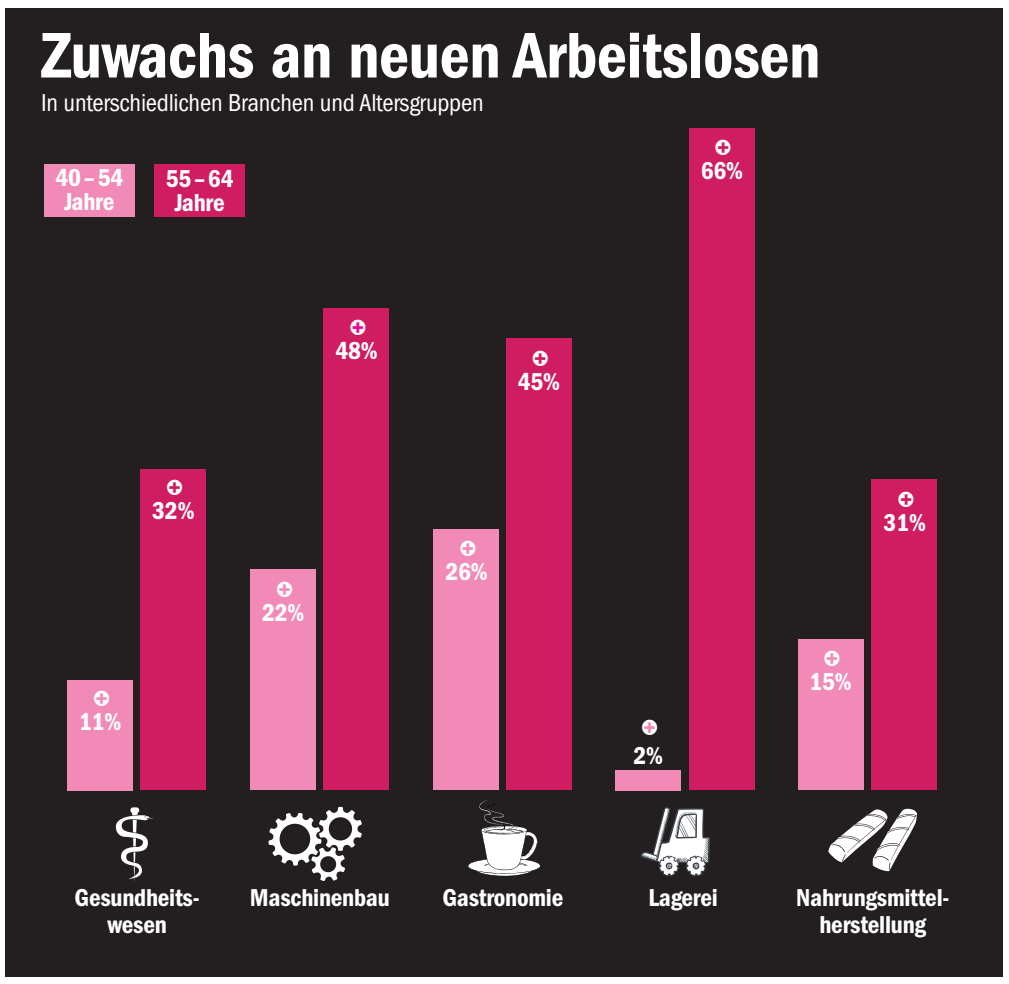
ERGÄNZUNGSLEISTUNGEN. Das Prinzip der Überbrückungsrente in der Form, wie sie jetzt durch die Räte gekommen ist, entspricht jenem der Ergänzungsleistungen für Rentnerinnen und Rentner: Die Rente deckt den Teil der Lebenshaltungskosten, den Betroffene nicht selber bezahlen können. Anspruch haben Personen, die mit 60 Jahren oder älter ausgesteuert werden und als Alleinstehende kein höheres Reinvermögen als 50 000 Franken haben beziehungsweise 100 000 Franken als Ehepaare. Die Übergangsleistungen sind plafoniert. Alleinstehende erhalten maximal 3650 Franken im Monat, Ehepaare 5470 Franken. Die Krankheitskosten werden ebenfalls übernommen, allerdings an den Plafond angerechnet. Zu den Bezugsbedingungen gehört auch, dass die Personen mindestens 20 Jahre in der Schweiz gearbeitet haben. Immerhin wird dafür wie bei der AHV die Erziehungsarbeit angerechnet. (cs)

Bei den Über-Fünfundfünfzigjährigen hat die Zahl der neuen Arbeitslosen in den Monaten März und April gegenüber dem Vorjahr um fast 40 Prozent zugenommen. So was gab es noch nie.

MARIE-JOSÉE KUHN

Daniel Lampart, Chefökonom des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes (SGB), hat die Arbeitslosenzahlen des Bundes in verschiedenen Alterskategorien und Branchen untersucht und stellt fest: «Die Corona-Entlassungen treffen vor allem ältere Arbeitnehmende. Die Unterschiede zu anderen Altersgruppen sind krass.» Und tatsächlich: Bei den Ü 55 hat die Zahl der neuen Arbeitslosen in den Monaten März und April gegenüber dem Vorjahr um fast 40 Prozent zugenommen. Besonders schlimm ist die Situation in der Lagerei, in der Gastronomie und im Maschinenbau (siehe Grafik).

«Die Unterschiede zu anderen Altersgruppen sind krass.»
SGB-CHEFÖKONOM DANIEL LAMPART



KEIN SCHOGGI-JOB

Erst kürzlich gab zum Beispiel der Schoggihersteller Läderach bekannt, dass er 27 Mitarbeitende auf die Strasse stelle. Unter den Entlassenen sind auch viele, die 60jährig und älter sind und zum Teil fast 20 Jahre für die «Schoggikönige» gearbeitet haben. Sie erhalten weder eine Abfindung, noch gibt es einen Sozialplan. Dafür habe man «leider» kein Geld, verkündet Chef Johannes Läderach. Geld haben die Läderachs dafür für allerlei christlich-fundamentalistische Projekte (work berichtete: **rebrand.ly/laederach).**

Und auch verschiedene Temporärfirmen zögern nicht, über-55jährige Mitarbeitende kalt abzuservieren, wie die Recherchen von work zeigen (Seite 15). Sie könnten neuerdings zwar auch Kurzarbeit anmelden, doch sogar das ist manchen zu teuer.

Das ist umso besorgniserregender, als Ü 55-Arbeitslose nicht so schnell wieder eine Stelle finden, ausgesteuert werden und dann zur Sozialhilfe müssen. Von 2011 bis 2017 ist die Sozialhilfequote der 60- bis 64jährigen um 47 Prozent gestiegen, mehr als in allen anderen Alterskategorien. SGB-Chefökonom Lampart sagt: «Da hilft nur ein besserer Kündigungsschutz für die älteren Mitarbeitenden und eine Überbrückungsrente für Ausgesteuerte.» Dass diese jetzt die letzte Hürde im Parlament genommen habe, sei «ein wichtiger Fortschritt» (siehe links: «Neues Sozialwerk»).

---

rosazukunft Technik, Umwelt, Politik

Durchbruch bei Tesla-Batterien: Werden wir bei Elektroautos schon bald eine grüne Null haben?

Wenn das Jahr 2021 tatsächlich den Durchbruch in Sachen Batterietechnologie bedeutet, wie der US-amerikanische Unternehmer und Financier Elon Musk behauptet, dann verjagen Elektroautos und Elektrolastwagen alle Verbrenner innert 10 Jahren auf die Schrottplätze oder in die Oldtimermuseen dieser Welt.

Der Nebel scheint sich in Sachen Zukunft der Batterieentwicklung langsam, aber sicher zu lichten. Die neuen Batterien von Tesla sollen 16 Jahre halten. Mindestens aber 1,6 Millionen Kilometer lang. Und pro gespeicherte Kilowattstunde nicht mehr als 80 Franken kosten. Unglaublich, aber vielleicht trotzdem wahr.

Blufft Tesla-Unternehmer Elon Musk? Ein bisschen immer, aber die Richtung der Vorankündigungen dürfte wohl stimmen, denn das chinesische Partnerunternehmen CATL will vergleichbare Batterien für alle übrigen Autohersteller auf dem Markt anbieten.

MEHR VERKEHR. Wenn das Jahr 2021 den Durchbruch in Sachen Batterietechnologie bedeutet, dann verjagen Elektroautos und Elektrolastwagen alle Verbrenner innert 10 Jahren auf die Schrottplätze oder in die Oldtimermuseen dieser Welt. Zusammen mit den Wasserstoffautos. Weil Elektroautos in Anschaffung, Betrieb und Unterhalt billiger sein werden als fossil fahrende Untersätze und Wasserstoffautos.

Führt das – Corona hin und Corona her – zu mehr Verkehr? Ohne Gegenmassnahmen leider ja. Die Städte müssen deshalb subito das Recht erhalten, pro gefahrenen Elektroauto-Kilometer Abgaben zu erheben.

Auch für den stationären Bereich wird sich alles verändern:

Vorteil 1: Man kann die Batterie der neuen Generation 4000 Mal voll aufladen und entladen. Im stationären Bereich dank Kühlung offenbar sogar 6000 Mal.
Vorteil 2: Die Kosten für die Speicherung und Entladung einer Kilowattstunde werden – Energieverluste eingerechnet – absehbar auf 2,5 Rappen sinken. Dies dank tiefen Zinsen.
Das solare Dreisäulenprinzip einer klimaneutralen Schweiz, die auf Selbstversorgung setzt, könnte wie folgt aussehen:

MEILENSTEIN: Die neuen Batterien von Tesla sollen für mindestens 1,6 Millionen Kilometer reichen. FOTO: TESLA

Säule 1: Die Schweiz produziert bis 2035 pro Jahr 80 Milliarden Kilowattstunden Solarstrom. Davon dank viel bifazialen, alpinen Freilandanlagen 30 Milliarden Kilowattstunden im Winter. Wichtig, weil wir ein Winterloch haben.
Säule 2: Damit das Stromnetz nicht massiv ausgebaut werden muss, werden dezentral Batterien als Tagesspeicher installiert.
Säule 3: Mit dem überschüssigen Sommerstrom produziert die Schweiz für den Flugverkehr und für Notstromaggregate Kerosin und Diesel zum Preis von 1.20 Franken pro Liter.

Das alles ist innert 10 bis 15 Jahren problemlos machbar. Es bedingt Investitionen von rund 100 Milliarden Franken und rechnet sich unter dem Strich. Die Nationalbank mit ihren 810 Milliarden soll endlich hier investieren.

LINKS ZUM THEMA:

- **rebrand.ly/super-batterie**
Immer mehr – mehr oder weniger seriöse – Youtuber bewegen sich mit eigenen, jederzeit abrufbaren Sendungen im Netz. Ab und zu mit Bezahlschranken, ab und zu ohne. Die Produzenten haben oft mehrere Hunderttausend Followerinnen und Follower oder Abos, wenn man ihren Zahlen halbwegs Glauben schenken will.

- **rebrand.ly/haeppchen**
Reuters macht das Spiel von Tesla und dessen chinesischem Partner CATL mit. Informationshäppchen hier, Informationshäppchen da. Quelle meistens nicht klar.

- **rebrand.ly/nationalbank**
Selbst Ex-Preisüberwacher Rudolf Strahm fordert, dass die Gewinne der Nationalbank dem Volk zugute kommen. Wenn die Schweiz dank der Nationalbank bereits 2035 klimaneutral wird, dann fliesst noch mehr Geld in die Kassen des Bundes und der Kantone. Denn die grüne Null rechnet sich dank dem technischen Fortschritt.

Sie finden alle Links direkt zum Anklicken auf der work-Website unter der Rubrik «rosazukunft»: **www.workzeitung.ch**

Brisante neue Lohnschere-Studie der Unia zeigt:

Konzerne nützen Corona-Krise schamlos aus

FOTO: ROCHE

SPITZEN-ABZOCKER: Roche-CEO Severin Schwan garniert 308 Mal so viel wie die Mitarbeitenden mit den tiefsten Löhnen. Sein Jahresgehalt beträgt 15,1 Millionen.

Sie machen beim Staat die hohle Hand, um noch mehr Geld für die Aktionäre abzuzügeln. Und die Abzockerei geht munter weiter.

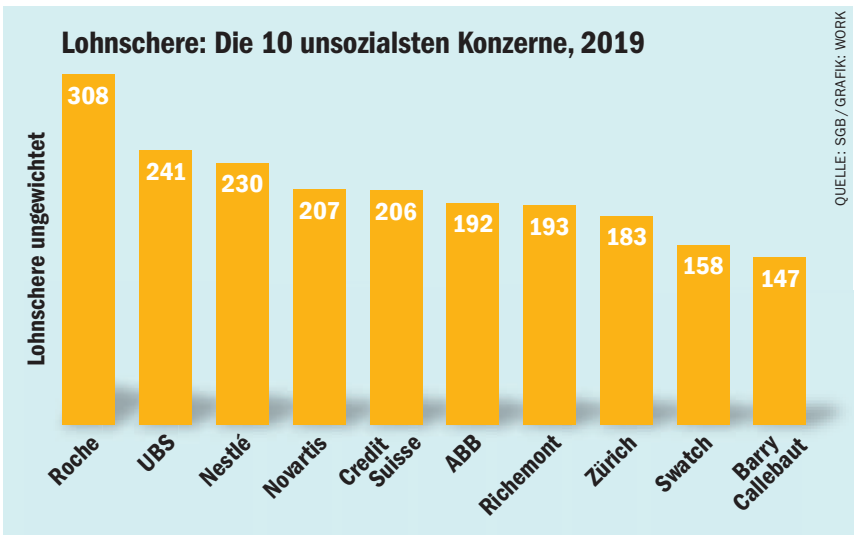
RALPH HUG

Solidarität mit den Corona-Kranken? Von wegen! In den Schweizer Konzernetagen gilt, Virus hin oder her: immer noch mehr Gewinn herauspressen. Die Summe, die die Konzerne an ihre Aktionärinnen und Aktionäre auszahlen, übertrifft mittlerweile die Milliarden-Staatshilfe in der Coronakrise. Der Bund hat 60 Milliarden Franken aufgewendet, um in der Pandemie Jobs und Löhne zu sichern. Letztes Jahr zahlten die Konzerne 63 Milliarden Franken in Form von Dividenden und Aktienrückkäufen in die Taschen der Kapitalbesitzer. Notabene alles Gelder, die von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern erwirtschaftet wurden. Dies hat die Unia in ihrer neuen Lohnschere-Studie berechnet. Dabei nahm sie 37 Schweizer Konzerne unter die Lupe, 33 davon sind an der Börse notiert.

Die Summe, die die Konzerne an ihre Aktionäre auszahlen,...

STRAUMANN BESONDERS DREIST

Besonders stossend: Die Coronakrise hat sieben Konzerne nicht daran gehindert, gleichzeitig Kurzarbeitsentschädigung vom Staat zu kassieren und rund 4 Milliarden Franken an die Aktionäre auszuzahlen. Nämlich LaFarge Holcim, Lindt & Sprüngli, Sika, Straumann, Adecco, ABB und Swatch. Während oben das Geld in rauhen Mengen fliesst, müssen Beschäftigte unten den Gürtel enger schnallen und sehen, wie sie mit 80 Prozent des Lohns über die Runden kommen. Nur so hoch ist ihre Kurzarbeitsentschädigung. Besonders dreist handelt der Basler Zahnimplantate-Hersteller Straumann. Er lässt sich vom Staat nicht nur die Löhne zahlen, sondern kündigt darüber hinaus auch noch eine Massenentlassung an. 660 Stellen sollen verschwinden. Dieses schamlose Treiben hat der Ständerat geschützt, indem er ein Dividendenverbot für Firmen ablehnte, die staatliche Unterstützung beanspruchen.



QUELLE: SGB / GRAFIK: WORK

LOHNSCHERE WEITER GEÖFFNET

Die Umverteilung von unten nach oben schreitet ungebremst voran. Das ist das Fazit der brisanten Unia-Lohnscheren-Studie*. Letztes Jahr gingen lediglich 67 Prozent der gesamten Wertschöpfung an die 1,6 Millionen Beschäftigten, 33 Prozent dagegen flossen in die Taschen der Aktionärinnen und Aktionäre. Am extremsten ist es bei der Ems-Chemie der Familie Blocher. Dort sahnen die drei Blocher-Töchter, denen der Betrieb formell gehört, gleich zwei Drittel des Gewinns ab, während sich die Beschäftigten mit dem Rest begnügen müssen (siehe Box). Die soziale Ungleichheit – Gift für den Zusammenhalt jeder Gesellschaft – verschärft sich somit immer mehr. Studienverfasser und Unia-Ökonom Beat Baumann sagt denn auch: «Die Konzerne sind die Haupttreiber der sozialen Ungleichheit.» Das spiegelt sich auch in den Löhnen. Die Schere zwischen den höchsten und den tiefsten Löhnen hat sich in den analysierten Konzernen weiter geöffnet. Sie beträgt jetzt 1:148. 2018 betrug sie noch 1:142. Der höchste Lohn ist heute im Schnitt also 148 Mal höher als der tiefste. Die grösste Kluft zwischen der Abzockerei in der Chefetage und der Lohnentwicklung bei den Mitarbeitenden weist der Pharmakonzern Roche auf. Der Graben beträgt dort 1:308. Roche-CEO Severin Schwan ist denn auch der gegenwärtige Oberabzocker, mit einem Jahresgehalt von 15,1 Millionen Franken. Ansonsten hat sich in der obersten Grossverdiener-Gilde wenig geändert: Schwan auf den Fersen folgen die Bankenchefs Sergio

... übertrifft die Corona-Staatshilfe des Bundes.

Ermotti (UBS) und der frühere Credit-Suisse-Chef Tidjane Thiam sowie Novartis-CEO Vasant Narasimhan. Auch Nestlé-Chef Ulf Mark Schneider garniert mehr als 10 Millionen Franken pro Jahr. Neu bei den Oberabzockern sind Nicolas Bos vom Luxusgüterkonzern Richemont sowie Jan Jenisch vom Zementkonzern LaFarge Holcim. Der bei ABB geschasste CEO Ulrich Spiesshofer bezieht ebenfalls ein Millionengehalt. Aber fürs Nichtstun. Dieser Fall ist brisant. Seit Mitte April ist er nicht mehr im Amt, dennoch fliessen in den kommenden zwei Jahren rund 13 Millionen Franken auf sein Konto. Das sind pro Monat 544 000 Franken, ohne dass er dafür arbeitet. Wie kommt das, wo doch exzessive Abgangsentschädigungen seit der Minder-Initiative verboten sind? Unia-Ökonom Baumann sagt: «Das Verbot wird mit Tricks umgangen, nämlich mit überlangen Kündigungsfristen und mit üppig entschädigten Wettbewerbsverboten.» Noch dreister beim früheren CS-Chef Thiam: Obwohl dieser über einen peinlichen Beschattungsskandal gestolpert ist und gekündigt hat, wird er voraussichtlich bis zu 30 Millionen Franken in Form von aufgeschobenen Boni einstreichen.

Der Lohnverzicht, den jetzt einzelne CEO ankündigen, ist nur scheinbar hoch. Der Verzicht betrifft meist nur das Basissalär und nicht die Boni. Daher ist die gesamte Entschädigung nur leicht tiefer.

* Link zur Studie: **unia.ch/lohnschere**

Hammer-Profite: Die raffgierigen Blochers

Magdalena Martullo-Blocher ist die Extremistin von Ems GR. In keiner anderen Firma sackt die Chefin mehr Gewinn ein als bei der Ems-Chemie.
Und in keinem anderen Unternehmen ist die Ungleichheit zwischen Kapital und Arbeit so gross. Letztes Jahr schüttete der Konzern doppelt so viel Geld an die Aktionäre wie an die Mitarbeitenden aus, nämlich 462 Millionen Franken Dividenden gegenüber 239 Millionen Franken Löhnen. 70 Prozent dieser Dividenden flossen in die Taschen der drei Blocher-Töchter Magdalena, Miriam und Rahel, nämlich 325,7 Millionen Franken. Das ist mehr als alle Löhne der insgesamt 2777 Mitarbeitenden zusammengerechnet. Martullos Chemiefabrik – das ist die mit Abstand grösste Ungleichheits- und Bereicherungsmaschine im Land. (rh)

Kampf um Jobs trägt Früchte

NYON VD. Im Kampf um ihre Arbeitsplätze können die Beschäftigten von Weight Watchers Erfolge verbuchen. Der US-Abnehmkonzern reduziert die Zahl der in der Schweiz wegfallenden Stellen von 110 auf 96. Die betroffenen Mitarbeitenden – meist Frauen mit einem Pensum von 30 bis 40 Prozent – hatten sich mit Hilfe der Unia gegen die Abbaupläne gewehrt. Sie setzten den Konzern mit konkreten Vorschlägen zur Rettung von Jobs unter Druck. Jetzt gibt es bessere Abgangsentschädigungen. Allerdings enthalten die Vereinbarungen laut Unia-Sekretär Arnaud Bouverat immer noch rechtswidrige Klauseln.

Saia Burgess: Über 50 Stellen weg

MURTEN FR. Saia Burgess will die komplette Produktion sowie Teile der Forschung nach Osteuropa und China verlagern. 53 der insgesamt 119 Stellen sollen wegfallen. Der Hersteller von Steuerungselektronik für Heiztechnik gehört seit 2013 zum US-Konzern Honeywell. Bereits letztes Jahr hat Saia Burgess Stellen nach Rumänien verlegt. Manuel Wyss, Unia-Branchenleiter MEM-Industrie, sagt: «Wir hegen den Verdacht, dass Honeywell bei seinen Tochterunternehmen systematisch Jobs in Länder mit tieferen Löhnen verschiebt.»

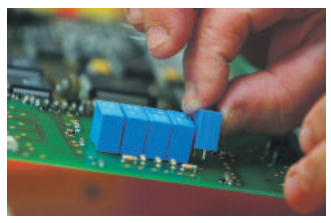


FOTO: KEYSTONE

ELEKTRONIK: Saia Burgess verlagert Jobs nach Rumänien.

Neue Hoffnung für «Versorgte»

BERN. Das Parlament hat die Gesuchsfrist für den Solidaritätsbeitrag für ehemalige Verdingkinder und «administrativ Versorgte» endgültig aufgehoben. Für die Betroffenen ist das eine Erleichterung. Denn für viele war die Frist zu knapp. Sie dauerte nur rund ein Jahr, bis März 2018. Rund 9000 Betroffene hatten bis dahin den Solidaritätsbeitrag beantragt. Opfer der behördlichen Zwangsmassnahmen wurden jedoch mindestens 60 000 Personen. Als «administrativ Versorgte» oder Verdingkinder erlebten sie Gewalt, mussten hungern und wurden zwangssterilisiert (work berichtete mehrfach).

Gastro-GAV ist gerettet!

BERN. Der Wirteverband Gastrosuisse hat in letzter Minute Vernunft angenommen: Wenige Tage vor dem Ablauf der Frist hat er sich zum Landes-Gesamtarbeitsvertrag bekannt. Seit letztem Herbst stand die Drohung einer Kündigung im Raum. Jetzt beantragen die Sozialpartner gemeinsam, die Allgemeinverbindlichkeit um zwei Jahre zu verlängern. Wegen der aktuell schwierigen Lage in der Branche bleiben die Mindestlöhne dieses und nächstes Jahr unverändert. 2022 steigen sie um 0,2 Prozent.

Temporärbüros: Keine andere Branche schasst Mitarbeitende so eiskalt

Sozialamt einfach!

Chauffeur Adil Nejem* gehört zur Corona-Risikogruppe. Er hat Anrecht, zu Hause zu bleiben und auf seinen Durchschnittslohn. Doch das Temporärbüro bezahlt nicht. Und er ist kein Einzelfall.

CHRISTIAN EGG

AUF DER STRASSE: Die Temporärfirma Induserv vermittelt Chauffeure für Coop-Lieferungen. Dem Chauffeur und Corona-Risikopatienten Adil Nejem schuldet Induserv mindestens zwei Monatslöhne. FOTO: KEYSTONE

Das Büro ist klein, höchstens acht Quadratmeter. Vier Leute arbeiten darin. Mehrmals pro Tag müssen die Lastwagenchauffeure des Coop-Verteilzentrums im aargauischen Schafisheim dort vorbei. Dann wird es richtig eng. Chauffeur Adil Nejem sagt: «Manchmal sind wir vier Fahrer gleichzeitig, also acht Leute total. Dann stehen wir Schulter an Schulter.»

Auch Ende März war es so, auf dem Höhepunkt der Corona-Pandemie. Nejem erinnert sich: «Auf der Post musste ich einen Mindestabstand von zwei Metern einhalten, bei den Behörden konnte man nur noch anrufen, ihre Schalter waren geschlossen. Aber bei uns gab es nicht einmal Schutzmasken.»

Für Nejem eine unhaltbare Situation. Denn nach zwei Herzinfarkten gehört der 57jährige zur Corona-Risikogruppe. Er schildert seinem Arzt die Zustände. Der weist ihn an, zu Hause zu bleiben, und stellt ihm ein Arztzeugnis aus. Doch damit fangen die Probleme erst an.

AUSGELIEHEN …

Denn Nejem ist nicht bei Coop angestellt, sondern beim Temporärbüro Induserv. Das leiht ihn an das Subunternehmen Stef Schweiz aus, das im Auftrag von Coop arbeitet. So geht das seit vier Jahren. Jetzt weigert sich Induserv, seinem Mitarbeiter den Lohn zu zahlen. Nejem: «Seit Ende März haben sie mir keinen Rappen mehr bezahlt. Ich musste aufs Sozialamt, um meine Rechnungen zu bezahlen. Das war erniedrigend.»

«Seit Ende März keinen Rappen mehr erhalten.»
CHAUFFEUR ADIL NEJEM

Rechtlich ist alles klar. Jurist Benno Kunz betreut den Fall bei der Unia Zentralschweiz. Er sagt: «Da der Betrieb den Schutz nicht gewährleisten kann und Adil Nejem zur Risikogruppe gehört, darf er zu Hause bleiben und hat Anrecht auf seinen Durchschnittslohn der letzten 12 Monate.»

Geschäftsführer von Induserv ist Andreas Eichenberger. Er bestreitet den mangelnden Corona-Schutz und findet, es wäre Nejem «durchaus möglich gewesen, seinen Arbeitsverpflichtungen nachzukommen». Sowohl Coop als auch Stef Schweiz hätten «äusserst detaillierte» Corona-Schutzkonzepte, schreibt Eichenberger an work. Induserv «durfte sich mehrfach vor Ort von der strikten Anwendung der Schutzkonzepte überzeugen».

Coop schreibt, man habe kein direktes Vertragsverhältnis mit Induserv, werde den Fall aber mit dem Subunternehmen Stef Schweiz besprechen. Vor dem Büro befinde sich ein grosser Raum, in dem die Fahrerinnen und Fahrer mit genügend Abstand warten könnten. «Wie viele Disponenten von Stef Schweiz in diesen Räumlichkeiten arbeiten, liegt in deren Verantwortung.»

Klar ist, dass Chauffeur Nejem schlechtergestellt ist als die Coop-Mitarbeitenden. Denn diese unterstehen dem Gesamtarbeitsvertrag. Corona-Risikopersonen, bei denen der Schutz nicht gewährleistet war, durften «unter voller Lohnzahlung» zu Hause bleiben, wie Coop mitteilt.

Warum stellt Coop denn nicht alle benötigten Mitarbeitenden selber an? Man brauche Subunternehmen und Temporärkräfte, «um vorübergehende Auftragsspitzen abzufedern», was insbesondere während der Coronakrise «unumgänglich» gewesen sei. Allerdings: Nejem arbeitet schon seit vier Jahren temporär im Verteilzentrum Schafisheim. Unia-Jurist Kunz hat das Temporärbüro aufgefordert, Chauffeur Nejem den Lohn zu bezahlen. Ohne Erfolg. Auch nach einer Betreibung zahlte Induserv nicht. Jetzt geht der Fall vor die Schlichtungsbehörde und allenfalls vor Gericht.

Wie Adil Nejem ging es in den letzten Wochen unzähligen Temporärarbeitenden. Gegen aussen gibt sich die Branche gern sozial. In einer Broschüre des Verbands Swiss Staffing heisst es: «Schwer vermittelbare Menschen finden über Personaldienstleister eher eine Stelle und bleiben auf dem Arbeitsmarkt, was den Sozialstaat entlastet.» In der Coronakrise zeigten die Temporärbüros aber ein anderes Gesicht.

… UND ABGESCHRIEBEN

Véronique Polito von der Unia-Geschäftsleitung sagt: «In keiner anderen Branche haben die Firmen ihre Mitarbeitenden dermassen kalt und herzlos abserviert. Es zählt leider zu oft der Profit, sonst nichts.» Wie viele der knapp 400 000 Temporären in der Schweiz wegen der Coronakrise ihre Stelle verloren haben, weiss niemand. Denn in der Statistik tauchen sie nicht separat auf, sondern als Industriearbeiterinnen, Küchengehilfen oder Bauarbeiter. Polito weiss: «In vielen Betrieben waren die Temporären die ersten, die nach Hause geschickt wurden. Einige von ihnen bekamen nicht einmal den Lohn bis zur Kündigungsfrist, obwohl sie darauf Anrecht haben.»

«Mitarbeitende wurden kalt und herzlos abserviert.»
VÉRONIQUE POLITO, GL-UNIA

NICHT MAL KURZARBEIT

Zwar dürfen neu auch Temporärbüros ihre Mitarbeitenden zur Kurzarbeit anmelden. Aber die meisten nutzen diese Möglichkeit nicht. Denn dann müssten sie, wie alle anderen Firmen auch, weiterhin Pensionskasse und Taggeldversicherung bezahlen. Polito: «Diese Kosten sparen sie offensichtlich lieber und stellen dafür die Leute auf die Strasse.»

So wie Rúben Silva*. Der 48jährige arbeitete temporär als Gärtner in einem Genfer Luxushotel. Sechs Monate lang. Dann wurde der Autosalon abgesagt, viele Gäste stornierten ihre Buchungen, und Silva wurde entlassen. Er ist noch heute schockiert: «Der Chef des Temporärbüros sagte mir, ab nächstem Mittwoch musst du nicht mehr kommen, ich will dein Gesicht nicht mehr sehen!» Als der Bundesrat die Kurzarbeit auf die Temporärbüros ausweitete, bat Silva den Chef, die Kündigung aufzuheben und ihn stattdessen für Kurzarbeit anzumelden. Dieser lehnte ab. Ohne Begründung. Silva: «Ich fragte ihn: Ich habe drei Kinder, wie soll ich die ernähren ohne Lohn? Er sagte, das sei nicht sein Problem.»

* Namen geändert

GAV-VERHANDLUNGEN:

ES WIRD HART

Wenn in einem Betrieb oder einer Branche ein GAV gilt, sollen dessen Mindestlöhne auch für Temporäre gelten: Auf diesen Grundsatz haben sich die Sozialpartner der Temporärbranche vor anderthalb Jahren geeinigt. Jetzt verhandeln sie über die Umsetzung

FOTO: UNIA

Véronique Polito.

im neuen GAV. Weitere Forderungen der Gewerkschaften sind höhere Mindestlöhne und ihre Ausweitung auf Industrie und öffentlichen Verkehr. Denn dort gibt's derzeit keinen Mindestlohn für Temporäre.
Die Arbeitgeberseite präsentierte dagegen ein radikales Abbauprogramm. Für Unia-Frau Véronique Polito ist klar: «Uns stehen harte Verhandlungen bevor.» (che)

Genfer Urteil: Uber Eats verliert vor Gericht

Neues Urteil bestätigt: Kurierdienst Uber Eats muss seine Fahrer und Fahrerinnen anstellen. Wer für Uber Eats gefahren ist, kann jetzt die Lohndifferenz einklagen.

CHRISTIAN EGG

Erneute Schlappe für den Dumping-Taxidienst Uber: Diesmal geht's um die Tochterfirma Uber Eats. Sie lässt Kurierinnen und Kuriere per Velo oder Vespa Essen ausliefern. Für einen Lohn von rund 10 Franken pro Stunde, ohne Unfallversicherung und ohne Sozialversicherungen. Jetzt entschied das Genfer Verwaltungsgericht: Uber Eats ist ein Personalverleiher und muss die Fahrerinnen und Fahrer anstellen. Das Gericht bestätigt damit einen Entscheid der Genfer Kantonsregierung vom vergangenen Juni (work berichtete).

URTEIL MIT SIGNALWIRKUNG. Das Urteil stützt sich auf Bundesrecht und hat damit Signalwirkung auf die ganze Schweiz. Roman Künzler, Leiter Transport und Logistik bei der Unia, sagt: «Als Arbeitgeber muss Uber Eats die allgemeinverbindlichen Gesamtarbeitsverträge einhalten. Bei der Essenslieferung ist das der Landes-GAV des Gastgewerbes.»

Dieser regelt auch die Mindestlöhne. Für Ungelernte liegt er bei rund 23 Franken pro Stunde, einschliesslich Ferien- und Feiertagsentschädigung und 13. Monatslohn. Bei Uber Eats verdienen die Mitarbeitenden pro Stunde aber nur rund 10 Franken. Den Unterschied können sie jetzt vor Arbeitsgericht einklagen. Künzler: «Das Genfer Urteil hat die Chancen deutlich erhöht, dass Arbeitnehmende etwas herausholen werden.»

JETZT KLAGEN EINREICHEN! Dabei geht es um viel Geld. Denn auf den GAV-Mindestlohn kommen noch eine Spesenentschädigung für Velo oder Vespa und für das Handy sowie die Beiträge des Arbeitgebers an die Sozialversicherungen. Laut Unia-Mann Roman Künzler können Arbeitnehmende je nach Fall eine Lohndifferenz von 15 bis 20 Franken einklagen. Pro Stunde. Und er rechnet vor: «Wenn jemand ein halbes Jahr für Uber Eats gefahren ist und dabei tausend Stunden geleistet hat, sind das 15 000 bis 20 000 Franken.»

ERFOLG FÜR KURIERE: Uber-Eats-Fahrer dürfen jetzt die Lohndifferenz von 15 bis 20 Franken pro Stunde einklagen. FOTO: KEYSTONE

Zwar hat Uber Eats angekündigt, das Genfer Urteil vor Bundesgericht weiterzuziehen – wie es die Mutterfirma Uber bisher mit allen Urteilen gemacht hat. Trotzdem empfiehlt Künzler, Klagen schon jetzt einzureichen – «bevor der Anspruch verjährt oder sich Uber ganz aus der Schweiz zurückzieht». Klagen vor Arbeitsgericht enden oft mit einem Vergleich. Künzler weiss: «Auch Uber hat schon Vergleiche vor Schweizer Gerichten abgeschlossen und Entschädigungen an Mitarbeitende bezahlt.»

Die Unia unterstützt Mitglieder, die eine Lohnklage gegen Uber oder Uber Eats einreichen wollen. Wenden Sie sich an Ihre Unia-Sektion oder an **roman.kuenzler@unia.ch.**

«HAUSMÄDCHEN»: Franziska Ziegerhofer hegt und pflegt ihre Rosen. FOTO: THOMAS FISCHER

work sprach mit der Frau, die einst James Schwarzenbachs Hausangestellte war

«Er zahlte schon ein bisserl wenig»

Ausgerechnet Fremdenfeind James Schwarzenbach holte sein «Hausmädchen» aus dem Ausland. Jetzt spricht die Österreicherin Franziska «Fanny» Ziegerhofer (87) über ihren Ex-Patron. Und darüber, wie sie schliesslich des Landes verwiesen wurde.

JONAS KOMPOSCH

work: Frau Ziegerhofer, Sie waren 1957 die Hausangestellte von James Schwarzenbach. Wie gefiel es Ihnen bei ihm?
Fanny Ziegerhofer: Es war eine wunderschöne Zeit. Ich wurde so lieb aufgenommen, fühlte mich wie ein Teil der Familie.

Aber Schwarzenbach war doch ein eifriger Bekämpfer der «Überfremdung». Haben Sie das als Ausländerin nie zu spüren bekommen?
Nein, der Herr Doktor war immer ganz, ganz nett. Er sprach sogar stets Schriftdeutsch mit mir. Und auch meine heimatliche Tracht konnte ich jeden Tag tragen.

Sie trugen ein Dirndl?
Wohl als einzige in ganz Zürich! Aber über Politik haben wir wirklich nie gesprochen. Auch nicht über die Italiener, obwohl es viele gab, etwa am See. Doch wer sonst hätte der Schweiz die Kanäle gereinigt und Strassen gebaut?

Aufgewachsen sind Sie in der Südoststeiermark an der Grenze zu Slowenien. Wie kamen Sie zu den Schwarzenbachs?
Gegen Ende des Zweiten Weltkriegs rückten die slowenischen Partisanen vor. Genau an meinem zwölften Geburtstag mussten wir fliehen. Denn unser Bauernhof lag im umkämpften Grenzgebiet, und meine Familie war sehr deutsch gesinnt. Als junge Frau arbeitete ich in Hotels und in einer Fabrik. Doch Österreich lag noch in Trümmern. Die Schweiz hingegen war sehr gefragt, weil ihr ja keinen Krieg hattet und man da so viel verdienen konnte. Und ich wollte sowieso einmal ins Ausland. Also habe ich mir die «Salzburger Nachrichten» gekauft und gleich ein passendes Stelleninserat gefunden. Aufgegeben von einem Doktor Schwarzenbach aus Zürich.

Was stand da drin?
«Hausmädchen gesucht». Ich bewarb mich und konnte direkt antreten. Per Bahn ging's dann bis nach Buchs SG. Dort musste ich aussteigen – Grenzkontrolle. Ein Arzt prüfte mich auf Herz

James Schwarzenbach ass die Orangen samt der Schale. Alkohol gab's nie.

und Nieren und dass ich nicht schwanger sei. Für mich war das keine grosse Sache. Aber für die vielen Italienerinnen offenbar schon. Herrgott, was haben die geweint! Weshalb, verstand ich nicht. Jedenfalls sind wir dann viel zu spät, erst um 1 Uhr in der Nacht, am Zürcher Hauptbahnhof eingetroffen.

Und da wartete James Schwarzenbach auf Sie?
Nein, die Herrschaft wusste ja nicht, wann ich ankomme. Ich nahm ein Taxi und liess mich an die Kurhausstrasse bringen.

Eine noble Gegend am Zürichberg.
Durchaus, aber die Familie wohnte in einem relativ bescheidenen Reihenhaus. Die Frau Schwarzenbach hat mich ganz lieb willkommen geheissen – und fünf Stunden später bereits wieder geweckt. Dann ging's los.

Was war Ihre Aufgabe?
Na alles, was in einem Haushalt mit vier Töchtern so anfällt. Nur Kleider waschen und bügeln nicht. Hierfür kam eine Wäscherin. Und gekocht hatte die Frau Schwarzenbach. Beim Essen sass ich übrigens immer auch zu Tisch. Gegenüber vom Herrn Doktor, der als Familienvater zuoberst sass. Nach dem Essen lasen alle in ihren Büchern. Meist schon um acht Uhr zog sich der Herr Doktor auf sein Zimmer zurück.

Klingt nicht gerade gesellig.
Es ging sehr ruhig und gesittet zu und her. Gäste hatten wir praktisch nie. Auch Alkohol gab es nicht. Gefeiert wurden nicht einmal die Kindergeburtstage. Nur einmal kam die Familie Bühler aus Uzwil für ein Hauskonzert. Denen gehörte die dortige Maschinenfabrik. Da habe ich dann mit den wienerischen Umgangsformen brilliert, also die Damen mit «gnädige Frau» angesprochen oder mit «Küss die Hand!». Damit habe ich fast so viel Trinkgeld kassiert, wie mir Schwarzenbach im Monat zahlte.

Was zahlte er denn?
250 Franken, plus Kost und Logis.

War das viel oder wenig?
Bei Emil Duft, dem ich anschliessend diente, erhielt ich 150 Franken mehr. Der wohnte auch in Zürich und war damals Nationalratspräsident. 250 war schon ein bisserl wenig.

Hat Ihnen die Schwarzenbachsche Küche gemundet?
Freilich! Es waren ganz normale schweizerische Gerichte. Nur Reiskochen lag der Hausherrin noch nicht so recht. Da bin ich dann eingesprungen. Übrigens hatte der Herr Doktor eine spezielle kulinarische Vorliebe: Orangen ass er samt der Schale. Das ist doch bitter!

Fühlten Sie sich denn nicht allein, so in der Fremde?

ERINNERUNGEN: Franziska «Fanny» Ziegerhofer an freien Tagen im Zürich der späten 1950er Jahre. FOTOS: ZVG

Ganz im Gegenteil! Jeden Sonntag sind wir zusammen weggefahren. Nach St. Moritz, Arosa oder ins Familienchalet nach Klosters. Auch ins Kloster Einsiedeln durfte ich mit, zur Osterkommunion. Der Herr Doktor war ja ein sehr religiöser Mensch. In seinem Schlafzimmer – die Eheleute schliefen getrennt – soll er sogar einen Altar aufgestellt haben. Den habe ich aber nie gesehen, weil ich das Zimmer nicht betreten durfte. Im Gegensatz zu seinem Schnauzer.

Trotzdem sind Sie nur ein Jahr geblieben. Warum?
Weil ich eben bei Emil Duft anfangen konnte.

Auch bei Dufts blieben Sie keine Ewigkeit.
Ich wollte in die Gastronomie und wechselte in ein Hotel nach Oerlikon. Doch schon nach zwei Wochen kam die Fremdenpolizei. Es war uns Ausländern offenbar verboten, beliebig den Beruf zu wechseln. Vermutlich war es Frau Duft, die mich bei der Polizei gemeldet hatte. Jedenfalls wurde ich des Landes verwiesen.

JAMES SCHWARZENBACH:

EIN BRAUNER HAUSHERR

Kaum ein Politiker hat die Schweiz je derart gespalten wie Nationalrat James Schwarzenbach. Mit seiner «Überfremdungsinitiative» von 1970 wollte er den Ausländeranteil auf 10 Prozent begrenzen. Und damit bis zu 400 000 Menschen aus der Schweiz werfen. Ein heftiger Abstimmungskampf entbrannte. Schlägereien begleiteten die vergifteten Debatten. Schwarzenbach-Anhänger prügelten einen italienischen Dachdecker sogar zu Tode. Zuletzt aber die Erleichterung: Eine knappe Mehrheit der Schweizer Männer stimmte gegen das extreme Vorhaben. Dreizehn Jahre vor der Abstimmung – im Winter 1957 – war Schwarzenbach weitgehend unbekannt. Als Schriftsteller hatte er noch kaum Erfolg. Wenig besser lief es ihm mit seinem Thomas-Verlag, der antisemitische Schriften und

RECHTSEXTREM: Nationalrat James Schwarzenbach. FOTO: KEY

die Fronterlebnisse eines SS-Untersturmführers publizierte. Immerhin war der 45jährige zum Chefredaktor der «Zürcher Woche» aufgestiegen. Und für das traute Heim, in dem seine Gemahlin mit vier Töchtern weilte, hatte er ein «Dienstmädchen» bestellt: Franziska Ziegerhofer aus Österreich, die jetzt erstmals im work über ihren Ex-Chef berichtet (siehe Artikel links).

«RUHMREICHE VÖLKER». Dass Ziegerhofer Ausländerin war, stand für Schwarzenbach nicht im Widerspruch zu seiner Ideologie. Denn Ziegerhofer gehörte nicht zu den «braunen Söhnen des Südens», wie Schwarzenbach die Italiener nannte, gegen die seine spätere Initiative hauptsächlich gerichtet war. Und die Österreicher, die in den «jugendlichen Revolutionsarmeen Hitlers» gekämpft hatten, lagen Schwarzenbach ohnehin am Herzen. Sie zählte er zu den «ruhmreichen Völkern», die seit Jahrhunderten den «ehernen Wall gegen die Sturmflut aus dem Osten» bildeten. Das schrieb Schwarzenbach 1953 und meinte damit «die Türken» und den «gott- und menschenfeindlichen Kommunismus».
Gegen diesen kämpfte der Abkömmling einer Textilindustriellen-Dynastie schon seit seiner Jugend. Zum Beispiel als Mitglied der rechtsextremen Nationalen Front. Oder als Anführer einer Saalschlacht im Zürcher Schauspielhaus, wo die jüdische Theaterregisseurin Erika Mann inszenierte. Und noch im hohen Alter bewunderte Schwarzenbach die faschistischen Diktaturen unter Salazar in Portugal und Franco in Spanien. (jok)

Haben Sie das work-Dossier zur Schwarzenbach-Initiative verpasst? **rebrand.ly/Schwarzenbach-Dossier** • Die work-Sonderbroschüre «Fremdenhass, Baracken, versteckte Kinder» gibt es hier gratis zum Download: **rebrand.ly/work-leseheft** • Und seit neuem ist auch der legendäre Dokumentarfilm «Siamo Italiani – die Italiener» (1964) von Alexander J. Seiler online: **rebrand.ly/siamoitaliani**

ILLU: NINOTCHKA.CH

Die Briefträgerin & die Briefmenge

Die meisten Wörter unserer Sprache habe eine uralte Geschichte. Andere werden aufgrund neuer Gegebenheiten erst erfunden. Bei der Post zum Beispiel «Gangfolgesortierung». Oder «Briefmengenrückgang».

Katrin Bärtschi ist Briefträgerin in Bern und Gewerkschafterin.

Dieser ist mit der Coronakrise sprunghaft angestiegen. Betrug er in der Zeit davor durchschnittlich vier bis fünf Prozent pro Jahr, ist die Anzahl der ver-

Die Briefträgerin liefert jetzt auch Brot und Gemüse.

schickten Postsendungen in den vergangenen Monaten um fünfzehn Prozent gesunken. Um diesen Arbeitswegfall zu kompensieren und um die Kolleginnen und Kollegen von der Paketpost zu entlasten, stellen die Briefträgerinnen und Briefträger nun auch kleine Pakete zu.

LETZTE MEILE. Als weitere Massnahme zur Arbeitsbeschaffung und Geschäftserweiterung wird seit längerem schon «die letzte Meile» ausgebaut. «Meile»? Wieso «Meile»? – Weil es sich um einen aus dem Englischen abgeleiteten Logistikbegriff handelt, erfährt die Briefträgerin bei Wikipedia. Gemeint ist «der Teil des Transports zur Haustür des Kunden» (und wohl auch der «Kundin»...). Manche altgedienten Kolleginnen und Kollegen schnödeten zu Beginn, als es hiess, die Post habe neue Dienstleistungen ausgeheckt. Die Briefträgerin aber hatte nie ein Problem damit, dass sie nun auch Brot liefert oder Gemüse, dass sie Kaffeekapseln abholt oder Altkleider. In manchen Zustellregionen liest das Zustellpersonal seit einiger Zeit die Stromzähler ab. Daran stört die Briefträgerin einzig der Gedanke, dass die bisherigen Ableser und Ableserinnen deshalb wohl ihre Arbeit verloren.

Der kommende Juli und August dürfte mager werden. Sommerferienflaute und der erwähnte Briefmengenrückgang. Die Briefträgerin ist Teilzeitbriefträgerin. Sie steht auf mehr als einem finanziellen Standbein. Ihr spontaner Vorschlag, einen Monat unbezahlten Urlaub von der Post zu nehmen, stiess beim Vorgesetzten auf keinen Widerstand. Den Kolleginnen und Kollegen bleibt so mehr Büez, und der Briefträgerin winkt ein ungewöhnlicher Sommer. – Eine schöne Zeit allen, ob auf dem Elektrodreirad DXP der Post, anders oder gar nicht unterwegs!

Ab dem 1. Juli tritt das neue Gleichstellungsgesetz in Kraft

Lohngleichheit: Vorwärts im Schneckentempo, aber immerhin

Tendenziell geht's voran mit der Lohngleichheit. Das zeigen neue Zahlen. Trotzdem werden Frauen beim Lohn weiterhin benachteiligt. Daran ändert auch das neue Gleichstellungsgesetz nur wenig.

PATRICIA D'INCAU

Wenn am 1. Juli das neue Gleichstellungsgesetz in Kraft tritt, wird sich die Feierlust bei vielen Frauen in Grenzen halten.

Fünf Jahre lang hatte das Parlament an dieser Gesetzesrevision gebastelt, ursprünglich zur besseren Durchsetzung der Lohngleichheit. Doch als das Parlament im November 2018 die Vorlage endlich besiegelte, war nur noch wenig davon übrig. Statt griffiger Lohnkontrollen, Transparenz und Sanktionen für Firmen, die Lohndiskriminierung betreiben, gibt es jetzt nur Mini-Massnahmen: alle vier Jahre eine Lohnanalyse bei Unternehmen ab 100 Mitarbeitenden (das sind nur gerade 0,9 Prozent der Firmen in der Schweiz). Und das Ganze ohne Sanktionen und befristet auf 12 Jahre.

Nur 0,9 Prozent der Firmen müssen ihre Löhne analysieren.

Dabei müssen Firmen auch weiterhin keine genaueren Angaben zu vorhandenen Diskriminierungen machen. Die Mitarbeitenden werden zwar informiert, ob es Lohndiskriminierung gebe. Aber: Jede Frau muss dann immer noch selber herausfinden, ob sie betroffen sei. Und das sind nach wie vor viele: Gemessen an den Durchschnittslöhnen, verdienen Frauen rund 20 Prozent weniger als Männer.

Und so geht es im Schneckentempo weiter Richtung Lohngleichheit. Aber immerhin: Die Lohndifferenz hat jüngst wieder leicht abgenommen. Das zeigen erste Zahlen der Lohnstrukturerhebung 2018. Silvia Strub vom Berner Büro für arbeits- und sozialpolitische Studien (BASS) hat sie für work unter die Lupe genommen und sagt: «Tendeziell geht es vorwärts.»

KLEINE SCHRITTE

Etwas geschlossen hat sich der Lohngraben etwa im Detailhandel (im Mittel: –1,5%), im Gastgewerbe (–1%) und dem Gesundheits- und Sozialwesen (–1,2%). Ausserdem in der Industrie (–0,9%), obwohl dort die Lohnunterschiede zwischen Frauen und Männern noch immer am zweithöchsten sind. Nach der Finanz- und Versicherungsbranche, die in Sachen Lohndiskriminierung unangefochten an der Spitze steht.

Bei den Banken betrug der Lohngraben laut einer Branchenumfrage zuletzt bis zu 40 Prozent. Doch selbst dort hat sich die Lücke jüngst wieder etwas geschlossen. Für BASS-Expertin Strub ist das ein klares Zeichen. Sie sagt: «Die Arbeitgeber haben angefangen, hinzuschauen und Lohndifferenzen zu korrigieren.» Insofern habe das neue Gleichstellungsgesetz vielleicht doch etwas bewirkt. Denn: Die Unternehmen möchten bei den kommenden Lohnanalysen nicht als Lohnsünder abgestempelt werden. So hat sich etwa die UBS jüngst bereits präventiv auf Lohndiskriminierung prüfen lassen und ein erstes Mal nachgebessert.

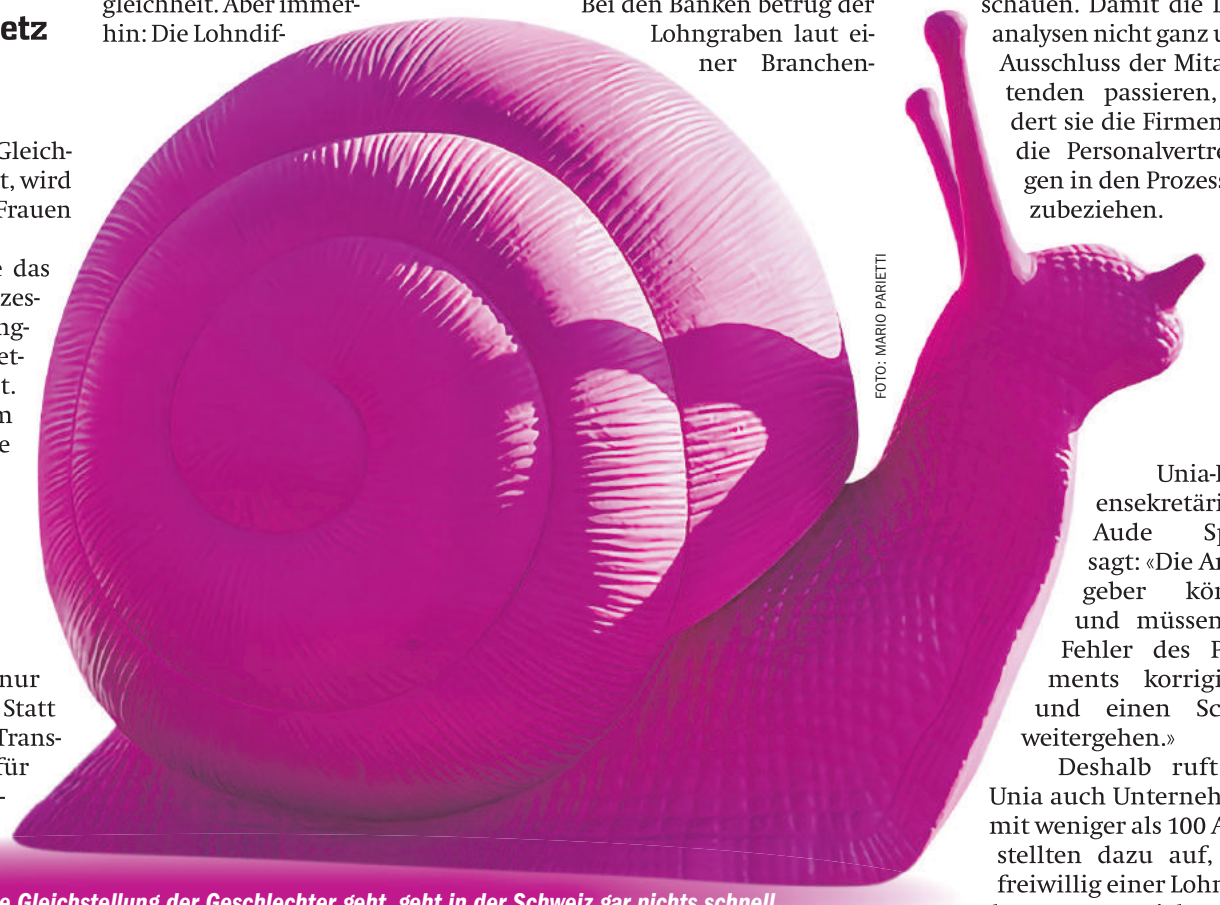


FOTO: MARIO PARIETTI

EILE MIT WEILE: Wenn's um die Gleichstellung der Geschlechter geht, geht in der Schweiz gar nichts schnell.

TRANSPARENZ NÖTIG

Wenn das neue Gleichstellungsgesetz am 1. Juli in Kraft tritt, wird auch die Unia ganz genau hinschauen. Damit die Lohnanalysen nicht ganz unter Ausschluss der Mitarbeitenden passieren, fordert sie die Firmen auf, die Personalvertretungen in den Prozess einzubeziehen.

Unia-Frauensekretärin Aude Spang sagt: «Die Arbeitgeber können und müssen die Fehler des Parlaments korrigieren und einen Schritt weitergehen.»

Deshalb ruft die Unia auch Unternehmen mit weniger als 100 Angestellten dazu auf, sich freiwillig einer Lohnanalyse zu unterziehen und die Lücken zu schliessen. Spang: «Das Recht auf Lohngleichheit ist eine jahrzehntealte Forderung, aber spätestens seit dem historischen Frauenstreik vom letzten Jahr sollte allen klar sein: Es ist jetzt endgültig an der Zeit, der andauernden Lohndiskriminierung ein Ende zu setzen.»

Auch kleinere Firmen sollen freiwillig ihre Löhne kontrollieren.

Frauenanteil im Kader: Schweiz bei den Schlusslichtern

Fast nur Männer in den Teppichetagen

Nur gschämige zehn Prozent Frauen sitzen ganz oben in den Schweizer Unternehmen.

PATRICIA D'INCAU

90 Prozent Männer, 10 Prozent Frauen: So sieht die Geschlechterverteilung in den Geschäftsleitungen der hundert grössten Schweizer Unternehmen aus. Und: Nur in etwa jedem zweiten sitzt überhaupt eine Frau mit an der Spitze. Ein krasses Missverhältnis. Auch wenn der Frauenanteil 2020 das erste Mal überhaupt einen zweistelligen Wert erreicht hat.

ZWEITLETZT. Das zeigt der neuste «Schilling Report», herausgegeben vom Zürcher Kadervermittler Guido Schilling. Seit 15 Jahren beobachtet er, wie sich das Geschlechterverhältnis an den Schweizer Unternehmensspitzen entwickelt. Das Fazit: Nicht sehr schnell – und nicht immer nur positiv. So war der Geschäftsleiterinnenanteil 2018 in der Zwischenzeit sogar auf 7 Prozent gefallen.

Etwas bessere Chancen, mitreden zu können, haben Frauen offenbar in den Verwaltungsräten. Dort stellen sie mittlerweile 23 Prozent der Mitglieder. Das ist ein Plus von zwei Prozentpunkten gegenüber dem Vorjahr. Im europäischen Vergleich landet die Schweiz damit aber auf dem zweitletzten Platz und wurde sogar von Kroatien und Irland überholt. Nur Griechenland ist noch schlechter.

Nur in Griechenland sind die Frauen schlechter vertreten.

LEICHTER DRUCK. Interessant ist die Entwicklung bei den börsenkotierten Unternehmen: Sie stellen sogar überdurchschnittlich viele Verwaltungsrätinnen und Geschäftsleiterinnen (neu: 26 und 12 Prozent). Der minimale Druck der Politik scheint erste Wirkung zu zeigen: Fünf Tage nach dem letztjährigen Frauenstreik beschloss das Parlament, dass sich börsenkotierte Unternehmen erklären müssen, wenn sie weniger als 30 Prozent Frauen im Verwaltungsrat und weniger als 20 Prozent in der Geschäftsleitung haben.

WER HAT DIE HOSEN AN? Die Vertretung der Frauen in Geschäftsleitungen und Verwaltungsräten ist in der Schweiz hundslausig. FOTO: DPA

NATALIE URWYLER: «Ich will, dass wir endlich über den riesigen ökonomischen Schaden reden, der entsteht, weil wir Frauen immer noch als Zuständige für Kinder und Heim gesehen und aussortiert werden.» FOTO: OLIVIER LOVEY

Inselspital: Geschasste Ärztin Natalie Urwyler fordert:

5 Millionen Franken Schadenersatz

Zwei Gerichte haben das Berner Inselspital wegen Verstössen gegen das Gleichstellungsgesetz verurteilt. Doch der Insel-Konzern trickst das Urteil aus. Das will sich Ärztin Natalie Urwyler nicht bieten lassen.

PATRICIA D'INCAU

Eigentlich hätte Natalie Urwylers Kampf für Gleichstellung im Sommer 2018 endlich zu Ende sein sollen. Vier zermürbende Jahre lang hatte die Ärztin da schon vor Gericht um ihren Job gerungen. Die Leitung des Inselspitals hatte Urwyler geschasst, nachdem sie sich intern gegen die Diskriminierung von Frauen und Verstösse gegen den Mutterschutz gewehrt hatte (work berichtete: **rebrand.ly/urwyler).**

Gestützt auf das Gleichstellungsgesetz, machte Urwyler eine Rachekündigung geltend. Und bekam auf ganzer Linie recht. Zuerst vom Berner Regionalgericht, dann vom Berner Obergericht. Beide Instanzen machten klar: Die Insel hat mit Urwylers Entlassung gegen das Gesetz verstossen. Und muss der Ärztin ihren alten Arbeitsplatz zurückgeben. So, wie es das Gleichstellungsgesetz vorsieht.

URTEIL IGNORIERT

Das Urteil ist rechtskräftig. Und trotzdem wird sich nun bald wieder ein Gericht mit dem Fall beschäftigen. Urwyler klagt erneut. Und führt an, dass sich der Insel-Konzern über den Richtspruch hinweggesetzt habe.

Das Spital stellte die Ärztin nach dem Urteil 2018 zwar wieder ein – aber auch direkt wieder frei. Deshalb arbeitet Urwyler bis heute am Walliser Kantonsspital, wo sie nach der Insel-Entlassung 2014 wieder eine Stelle fand. Allerdings nicht wie vorher als Oberärztin in der Anästhesie. Sondern als Assistenzärztin zu einem Bruchteil des früheren Lohns (siehe Box).

Die Lohndifferenz müsste die Insel eigentlich bezahlen, weil Urwyler durch das Urteil formal noch immer dort angestellt ist. Auf einen Teil dieses Geldes warte sie aber bis heute, sagt Urwyler. Und nicht nur das: Weil das Inselspital Urwyler nicht auf ihren Posten zurückkehren lässt, kann sie auch ihre frühere Forschungsarbeit nicht wiederaufnehmen. Ohne die ist ein weiterer beruflicher Aufstieg kaum möglich. Und die Karriere am Ende.

Deshalb verlangt Urwyler jetzt Schadenersatz. Es ist die Ultima Ratio, das letzte Mittel, das das Gleichstellungsgesetz vorsieht. Das Inselspital teilt auf Anfrage von work mit, dass noch keine Schadenersatzklage eingegangen sei. «Wir können daher keine Stellung dazu beziehen.» Die geschuldete Lohndifferenz werde voll bezahlt. Für Natalie Urwyler ist klar: «Die Schweiz ist ein Rechtsstaat. Wer verurteilt wird, muss sich daran halten. Das gilt für ein Unternehmen genauso wie für eine Privatperson.»

MILLIONENSCHADEN

Es geht Urwyler aber auch noch um etwas anderes: Sie will, dass mit ihrer Klage endlich sichtbar wird, wie viel es eine Frau kostet, wenn sie aus dem Beruf gedrängt wird, nur weil sie eine Frau ist.

In Natalie Urwylers Fall sind das enorme 5 Millionen Franken. So viel wird sie bis an ihr Lebensende weniger haben, als wenn sie ihre Karriere hätte fortsetzen können. Alleine mehr als 900 000 Franken davon fehlen ihr in der AHV und der Pensionskasse. Und damit letztlich auch den Sozialwerken. Und das «ist noch konservativ gerechnet», sagt Urwyler. Denn: Im Berechnungsmodell wurde ihr aktueller und künftiger Lohn «nur» mit dem einer «Männer-Minimalkarriere» verglichen. Tatsächlich bestand für Urwyler aber die reale Chance, noch weiter nach oben zu kommen. Sie wurde als grosses Talent gehandelt und war auf gutem Weg, Professorin und Chefärztin zu werden. Bis zu ihrer illegalen Entlassung.

«Spätestens wenn eine Frau Mutter wird, landet sie auf dem Abstellgleis.»
ÄRZTIN NATALIE URWYLER

UMDENKEN GEFORDERT

Wenn sie die Klage gewinnt, «soll das Geld anderen Frauen zugute kommen», sagt Urwyler. Aber: «Ich will, dass wir endlich über den riesigen ökonomischen Schaden reden, der entsteht, weil wir Frauen immer noch als Zuständige für Kinder und Heim gesehen und aussortiert werden.» Dieser Schaden treffe letztlich alle. Schliesslich investiert der Staat viel Geld in gute Ausbildungen, ein Medizinstudium etwa kostet bis zu 1 Million Franken. «Aber spätestens wenn eine Frau Mutter wird, landet sie auf dem Abstellgleis.» Das findet Urwyler nicht nur gleichstellungspolitisch unsinnig, sondern auch wirtschaftlich.

Unterstützt wird die Ärztin von prominenten Köpfen wie der CVP-Frauen-Präsidentin Babette Sigg und der ehemals obersten Bäuerin Christine Bühler. Mit SP-Ständerat und Ex-Gewerkschaftsbunds-Chef Paul Rechsteiner ist auch ein Mann an Bord. Das freut Urwyler besonders, denn für sie ist klar: «Das hier ist kein Kampf zwischen den Geschlechtern. Sondern ein Kampf zwischen Vorgestern und Heute.»

Oberärztin Urwyler: Zerstörte Karriere

11 Jahre lang arbeitete Natalie Urwyler am Berner Inselspital. Zuletzt unbefristet als Oberärztin der Klinik für Anästhesiologie und Schmerztherapie. Sie lehrte an der Universität, forschte, war angehende Professorin. Trotzdem fand sie nach ihrer Entlassung keine Stelle mehr. Bei einem Vorstellungsgespräch erfuhr die Ärztin: Man sei vor ihr gewarnt worden. Schliesslich beginnt Urwyler als Assistenzärztin in einem anderen Fachgebiet, um nicht länger arbeitslos zu sein. Sie sagt: «Sie haben es geschafft, dass ich noch einmal ganz vorne anfangen musste.»

MÄCHTIGE FEINDE. Weil die Ärztin an ihrer Klage festhielt, fuhr die Insel-Leitung offenbar noch schwerere Geschütze auf. Urwyler erfuhr, dass mächtige Lobbyisten gegen sie arbeiten. Namentlich: Die Firmen «Furrer Hugi» und «Hirzel. Neef. Schmid». Top-Profis, die normalerweise etwa im Bundeshaus die Fäden ziehen, um Gesetze im Sinne ihrer Kundinnen und Kunden zu beeinflussen oder zu Fall zu bringen. Für Urwyler ist klar: Die Lobbyisten sollten sie im Auftrag der Insel in den Medien schlechtmachen. Und damit letztlich ihre Chancen vor Gericht mindern. Geklappt hat das nicht. Die Richter gaben Urwyler schliesslich recht. Und mittlerweile kann Urwyler im Wallis auch wieder als leitende Ärztin in der Anästhesie arbeiten.
Das Inselspital weist die Vorwürfe zurück: Es sei nie aktiv gegen Frau Urwyler kommuniziert worden. Aufgrund des grossen Medieninteresses hätten «Diskussionen bezüglich Kommunikation stattgefunden». Immer mit dem Ziel, «die Position der Insel» zu vertreten, «nie jedoch gegen Frau Urwyler zu agieren». (pdi)

Juristin Elisabeth Freivogel über den Urwyler-Prozess:

«Das hat es in der Schweiz noch nie gegeben»

Das Urteil wird Leitplanken für die Rechtsprechung setzen, so Juristin Freivogel.

PATRICIA D'INCAU

work: Frau Freivogel, Sie haben selbst viele Frauen bei Gleichstellungsklagen vertreten. Nach mehr als 25 Jahren Gleichstellungsgesetz ist die Ärztin Natalie Urwyler die erste Frau überhaupt, die diesen Weg bis ganz zu Ende geht. Wie beurteilen Sie den Fall?

Elisabeth Freivogel: Das Inselspital wurde verpflichtet, Frau Urwyler wiedereinzustellen, ihr ihre Forschungstätigkeit zurückzugeben und damit auch die Chance auf eine Professur. Über dieses Urteil hat sich die Insel illegalerweise hinweggesetzt. Nun sieht das Gesetz als letztes Mittel eine Schadenersatzklage vor. Um zu verhindern, dass ein Unternehmen ein Urteil einfach ignorieren kann. Frau Urwyler klagt jetzt also, damit das Recht durchgesetzt wird. Das ist eine aussergewöhnliche Situation und hat es so in der Schweiz noch nie gegeben. Auch, weil Gleichstellungsklagen oft unheimlich aufreibend sind. Eine Frau braucht dafür viel Mut, Ausdauer und einen starken Rückhalt.

FOTO: UNI BASEL

Juristin Elisabeth Freivogel.

Frau Urwyler hat gewonnen. Trotzdem ist es jetzt wieder an ihr, dafür zu sorgen, dass das Urteil auch tatsächlich umgesetzt wird? Das ist doch unglaublich!
Es ist eine absolute Zumutung, aber rechtlich der einzige Weg, der bleibt.

Wie kommt das?
Es fehlt, was wir schon vor 30 Jahren gesagt haben: eine eigenständige Behörde, die von sich aus Kontrollen vornehmen und wenn nötig klagen oder Sanktionen verhängen kann. Das würde die betroffenen Frauen sehr entlasten. In gewissen Ländern, etwa Kanada, Schweden oder Dänemark, gibt es solche Stellen. In der Schweiz war und ist das aber bis heute politisch chancenlos.

Wenn Frau Urwyler gewinnt: Ändert sich etwas für andere Frauen?
Ja, da bin ich mir sicher. Wenn eine Gleichstellungsklage einmal bis zum Ende durchgezogen wird und wenn es, wie bei Frau Urwyler, um Millionen geht, dann merken andere Unternehmen: Wir können uns nicht einfach über das Gesetz hinwegsetzen. Sie werden sich überlegen: Wollen wir das Risiko einer solchen Klage eingehen? Oder gehen wir selbst über die Bücher?

Das Urteil wird ausserdem einen Präzedenzfall schaffen. Und damit die Leitplanken für die künftige Rechtsprechung setzen. In der Vergangenheit haben wir gesehen: Das bringt Erleichterungen. Die ersten Gleichstellungsklagen in den 1980er Jahren waren noch sehr risikoreich. Mittlerweile ist der Weg für eine Klage etwas weniger steinig. Und viele Unternehmen sind sich heute bewusst, dass sie mit Konsequenzen rechnen müssen, wenn sie gegen das Gleichstellungsgesetz verstossen. Auch deshalb enden viele Fälle inzwischen mit einem Vergleich und ohne langwierigen Prozess.

Elisabeth Freivogel ist Juristin, Ehrendoktorin an der Universität Basel und Gleichstellungsexpertin. Sie hat die ersten grossen und erfolgreichen Lohngleichheitsklagen geführt.

Dore Heim, Madame Service public beim SGB, zieht Corona-Bilanz:

«Vielleicht braucht es jetzt einen Streik in der Pflege und Betreuung»

Der Service public habe sich in der Coronakrise enorm bewährt, sagt Dore Heim, Service-public-Expertin beim SGB. Sie benennt aber auch die wunden Punkte. Nicht nur bei der Post.

CLEMENS STUDER | FOTOS NICOLAS ZONVI

work: Dore Heim, die Coronakrise hat gezeigt, welche Bereiche der Wirtschaft tatsächlich gesellschaftsrelevant sind. Was sind Ihre ersten Erkenntnisse in Bezug auf den Service public?

Dore Heim: Die Coronakrise hat gezeigt, dass die Service-public-Unternehmen höchst reaktionsfähig sind. Und zwar die öffentlichen wie die privaten. Das geht ja gerne vergessen, dass zum Service public nicht nur die Unternehmen und Institutionen der öffentlichen Hand gehören, sondern auch viele private Klein- und Kleinstunternehmen im Gesundheitswesen, im Betreuungsbereich, in der Kultur und bei den Medienschaffenden. Das ist, wie alles in diesen Zeiten, ein vorläufiges Fazit.

Was heisst «reaktionsfähig» konkret?

Die Service-public-Anbietenden konnten entweder ihr Angebot rasch komplett umstellen wie etwa die Schulen. Oder das Angebot rasch enorm hochfahren wie die Post. Oder sie passten ihr Angebot extrem schnell an die neuen Rahmenbedingungen an wie die öffentlichen Verkehrsbetriebe. Vieles auch in Kooperation mit privaten Anbietern. Der Service public hat sich enorm bewährt.

Obwohl er seit Jahrzehnten unter politischem Spardruck steht.

Ja. Entgegen der Kritik, die immer wieder am Service public geübt wird, hat er gezeigt, dass er agil und kooperationsfähig ist. Und er ist zum Glück noch nicht generell so auf Wettbewerb getrimmt, dass man kein tragfähiges Netzwerk mehr hätte. Was die Versorgung der Bevölkerung und der Wirtschaft betrifft, kann man dem Service public ein ausgezeichnetes Zeugnis ausstellen.

Und ausserhalb der Versorgung?

Die Situation im Gesundheitsbereich ist ambivalent. Das hat auch damit zu tun, dass der Bundesrat Regeln vorgegeben hat, die – im Rückblick ist das leicht gesagt – nicht in diesem Ausmass nötig gewesen wären. Die gesamte Spitallandschaft musste auf Notfall umstellen, und das Tagesgeschäft der Spitäler wurde faktisch eingestellt. Das führte dazu, dass in einigen Abteilungen kaum mehr Arbeit vorhanden war, während im Intensivbereich die Belastung enorm war. Da hat man die Ressourcen falsch eingesetzt, weil davon ausgegangen wurde, dass eine riesige Pandemiewelle auf die Schweiz zukomme. Das ist zum Glück nicht geschehen.

Welche Lehren ziehen Sie daraus?

Die Spitallandschaft ist schlechter vernetzt als auch schon. Auch aufgrund des Wettbewerbdruckes. Die Kapazitäten der Kantone sind nicht zentral erfasst. Das hat dann zu den vorauseilenden Anordnungen geführt, die den Spitälern jetzt enorme Defizite bescheren. Und dieses Problem ist noch immer nicht gelöst. Es ist nicht geklärt, wer diese Defizite deckt. Nicht nur im Gesundheitswesen.

«Für die Defizite von Kitas, Spitälern und SBB muss die öffentliche Hand aufkommen.»

Wer soll denn diese Kosten übernehmen?

Im Gesundheitswesen ganz klar die öffentliche Hand. Ebenso bei den Kitas. Die Kitas mussten den Betrieb aufrechterhalten, das war eine explizite Anweisung des Bundesrates. Aber die Eltern haben die Kinder nicht mehr gebracht. Es gab Appelle von Gemeinden, Kantonen und auch vom Bund, dass Eltern in nicht systemrelevanten Berufen ihre Kinder daheim betreuen sollten. Diese Elternbeiträge fehlen den Kitas jetzt. Und noch immer sind die Kita-Gesuche für Kurzarbeitsentschädigungen hängig.

Sicher kein Corona-Loch in der Kasse hat die Post.

Die Post wurde von einer wahren Paketlawine überrollt. Und hat diese innert weniger Tage extrem gut in den Griff bekommen. Auch in Zusammenarbeit mit privaten Anbietern.

Ist das nicht auch ein schlechtes Signal? Viele private Logistikanbieter sind für ihre schlechten Arbeitsbedingungen berüchtigt.

Anders wäre die Paketflut nicht zu bewältigen gewesen. Und das, obwohl die Post ihre Verteilzentren auf Höchstauslastung ausgelegt hat, die sonst nur ein- oder zweimal im Jahr erreicht wird. Für solcherart überdimensionierte Infrastruktur im Service public gibt's ja gerne immer Kritik. In dieser Pandemie haben wir gesehen, wie wertvoll das sein kann. Und was die Arbeitsbedingungen angeht: die sind auch bei der Post nicht nur rosig. Die Regulierungsbehörde Postcom legte den Mindestlohn bei mickrigen 18.27 Franken fest. Das ist ein Mindestlohn, für den sich ein Unternehmen der öffentlichen Hand eigentlich schämen müsste.

Die SBB haben ein anderes Problem als die Post. Hier hiess es: Einnahmen quasi null, Angebot bei 80 Prozent.

Das betrifft und betraf nicht nur die SBB, sondern auch den Regionalverkehr. Die Schweiz hat ein extrem verzahntes Angebot im öffentlichen Verkehr. Eigentlich ist das nur mit der Metro in einer Grossstadt zu vergleichen. Die Mitarbeitenden haben es innert weniger Tage geschafft, den Fahrplan auszudünnen. Das war eine logistische Meisterleistung.

Warum gelang das?

Unter anderem, weil die SBB als Systemführerin vor etwa 2 Jahren von einem massiven Wettbewerbsdenken wieder umgeschwenkt sind auf ein Modell der Kooperation mit anderen Verkehrsunternehmen. Man konnte hier wieder abstützen auf ein Miteinander statt auf ein Gegeneinander.

Und was geschieht mit dem riesigen Loch in der Kasse?

Auch dafür muss die öffentliche Hand aufkommen. Denn wenn die SBB dieses Defizit stemmen müssten, würde das ihren Service public auf Jahrzehnte hinaus massiv belasten. Die SBB können nicht bei der Infrastruktur sparen. Die ist schon heute an der Grenze der Belastbarkeit. Die Versorgung und die gute Qualität kämen massiv unter Druck und damit die Arbeitsbedingungen.

Die Ausrichtung von SBB und Post auf Profit und Wettbewerb ist ja politisch gewollt. Wird sich da jetzt etwas ändern?

Es ist immer wieder verblüffend zu sehen, welche Rolle es spielt, wer an der Spitze eines Departements steht. Mit SP-Bundesrätin Simonetta Sommaruga an der Spitze des Uvek hat der Service-public-Gedanken wieder Einzug gehalten. Den hatte man in den Jahren vorher kaum mehr gespürt. Besonders deutlich wird dies beim Bundesamt für Verkehr. Die Spitze ist noch die gleiche, doch statt wie noch vor zwei Jahren das Heil in der Deregulierung nach europäischem Vorbild zu suchen, spricht man dort jetzt wieder vom Erfolgsmodell des Schweizer Eisenbahnverkehrs. Der Gedanke des Service public steht bei den SBB wieder vorne.

Auch dank ihrem neuen Chef?

Ja, genau. Die Post hat ja ebenfalls einen neuen Chef. Auch hier wird sich weisen, wie sich das auswirkt auf die Service-public-Orientierung. Denn die Post war in den acht Jahren, in denen ich jetzt beim SGB in diesem Bereich gearbeitet habe, das Unternehmen, für das ich mich am meisten geschämt habe. Auch weil ich an einigen dieser Veranstaltungen war, an denen die Post-Verantwortlichen Poststellenschliessungen verkündeten. Die unheimliche Arroganz, mit der diese Crew aufgetreten ist, war für ein öffentliches Unternehmen schlicht rufschädigend. Die Gewinnorientierung bei der Post stand ganz im Vordergrund. Bin gespannt, wie es jetzt weitergeht.

Ebenfalls politisch gewollt ist das Korsett der Postfinance. Jetzt wurde es ein bisschen gelockert. Wie finden Sie das?

Wenn die Postfinance jetzt auch Hypotheken und Darlehen vergeben darf, ist dagegen nichts einzuwenden. Ich bin einfach nicht sicher, ob der Schritt nicht zu spät kommt und wirklich ein grosser Befreiungsschlag ist. Riskant ist dagegen die Teilprivatisierung. Der Bund müsste das zusätzliche Eigenkapital aufbringen. Teilprivatisierungen von öffentlichen Unternehmen sind problematisch, weil die privaten Aktionäre kein Interesse an der Grundversorgung haben, sondern sie als Belastung sehen.

Reden wir noch einmal vom Gesundheitswesen. Dieses stand ja nicht nur aus medizinischen Gründen im Brennpunkt, sondern auch wegen der Arbeitsbelastung und der Organisation und den Kosten allgemein. Was muss sich da ändern?

Wir haben jetzt die Gelegenheit, die Weichen neu zu stellen. Dazu gehört:

1. Krankenkassenprämien auf ein sozialverträgliches System umstellen. Also weg von den Kopfprämien. Da gibt es nun eine neue Chance mit der 10-Prozent-Initiative der SP und der Gewerkschaften.

2. Mehr Kompetenzen für die Pflegenden und eine Mitfinanzierung der Aus- und Weiterbildung für die Pflegenden. Da setzt die Pflegeinitiative an. Die Absprungsrate der Berufsleute in der Pflege liegt bei über 50 Prozent. Das ist kein Zufall. Die Arbeitsbedingungen und Löhne sind einfach zu schlecht. Die Hoffnung, auch von Gleichstellungsexpertinnen, die Akademisierung der Ausbildung würde sich in höheren Löhnen auswirken, hat sich als Irrtum erwiesen. Die Ausbildung dauert unterdessen zwar einige Jahre länger als zu Zeiten, als «Krankenschwester» noch eine Lehre war, aber die Löhne sind nicht gestiegen.

3. Mehr Kooperation der Spitäler. Die Spitallandschaft wurde in den vergangenen Jahren auf Konkurrenz und Wettbewerb getrimmt. Das hat sich, wie von den Gewerkschaften vorausgesagt, als Irrweg erwiesen. Hier braucht es wieder mehr Zusammenarbeit und übergreifende Planung. Die Zentrumsspitäler und Landspitäler müssen gemeinsam und koordiniert die Gesundheitsgrundversorgung sicherstellen.

Und doch sparen praktisch alle Kantone beim Gesundheitswesen. Braucht es nationale Massnahmen?

Wir haben in unserer vorläufigen Analyse auch angeschaut, wie sich der Föderalismus in den einzelnen Bereichen auf die Bewältigung der Coronakrise ausgewirkt hat. Beim Gesundheitswesen ist klar: Die ausgesprochen föderale Organisation ist ein Schwachpunkt. Doch den Kantonen hier Kompetenzen zu entziehen dürfte ein Ding der Unmöglichkeit sein. Ansetzen kann man auf nationaler Ebene bei den Prämienkosten für die Versicherten und bei den Arbeitsbedingungen für das Pflegepersonal.

Die Corona-Kosten fallen nicht nur beim Bund an, sondern auch bei den Kantonen und den Gemeinden. Die ersten Sparprogramme werden schon geschnürt. Was bedeutet das für den Service public?

Es ist zu befürchten, dass es von Sparprogrammen nur so wimmeln wird. Es wird sich in den nächsten Monaten auf Kantons- und Gemeindeebene zeigen, ob der Service public unter die Räder kommt. Das wäre fatal für die ganze Volkswirtschaft und würde den wirtschaftlichen Wiederaufbau massiv bremsen. Das Gesundheitswesen, die Bildung und die Kultur sind gefährdete Bereiche.

Stichwort Kultur: Hier arbeiten viele Klein- und Kleinstunternehmen und unzählige Selbständige. Haben die Gewerkschaften sie vergessen?

Nein, im Gegenteil. Wir setzten uns von Anfang an für gute Lösungen ein. Denn bei der Kultur kommen mehrere negative Punkte zusammen. Die Kantone und die Gemeinden haben enormen Gestaltungsspielraum. Es gibt kulturfreundlichere Kantone und solche, die sehr eng definieren, was für sie noch Kultur ist. Das führt bereits in «normalen» Zeiten zu massiven Ungleichbehandlungen. In der Coronakrise mit dem schlagartigen Shutdown des gesamten Kulturlebens war das aber besonders fatal. Der Bund hat zwar die Oberhoheit, aber scheint weit weg zu sein von den Kulturschaffenden.

Wie meinen Sie das?

In der Coronakrise war es offensichtlich nicht möglich, dass das Bundesamt für Kultur direkt mit Suisseculture geredet hat, dem Dachverband der Kulturschaffenden-Organisationen. Dieser bezahlt die Soforthilfe an die Kulturschaffenden aus. Aber das Bundesamt sprach ausschliesslich mit Pro Helvetia, die hat den Auftrag weitergeleitet. Das ist verknöcherte Hierarchie – und der Bewältigung der Pandemiefolgen im Kulturbereich überhaupt nicht zuträglich.

«Wenn der Service public unter das Spardiktat fällt, wäre das absolut fatal.»

Wie sieht die Lage der Kulturschaffenden aktuell aus?

Angestellte im Kulturbereich haben zwar keine hohen Löhne, aber immerhin Anspruch auf Kurzarbeit. Doch das Gros der Kulturschaffenden hat keine Reserven, sondern arbeitet von Projekt zu Projekt, als Selbständige und Freischaffende. Es ist ein Bereich mit schlecht gesicherten Berufsexistenzen und einer jetzt völlig unsicheren Zukunft. Die Soforthilfen des Bundes waren eine wichtige Hilfe, aber nur ein Tropfen auf den heissen Stein. Denn im Unterschied zum öffentlichen Verkehr zum Beispiel, kann «die Kultur» nicht einfach wieder hochgefahren werden. Im Kulturbereich ist bis in die Jahre 2021 und 2022 vieles durcheinander: Spielpläne, Tourneepläne und so weiter.

Was müsste geschehen?

Die Erwerbsausfallentschädigungen und Soforthilfen für Kulturschaffende müssen über den September hinaus verlängert werden. Wenn das nicht passiert, landen Tausende Kulturschaffende blitzartig in der Sozialhilfe.

Unterstützung wollen auch die Medien. Einverstanden?

Ich habe Mühe, wenn die öffentliche Hand einen Bereich finanziert, in dem es private Gewinnabschöpfung gibt. Und das ist bei den grossen Medienhäusern der Fall. Diese kassieren heute zum Teil Kurzarbeitsentschädigung und zahlen gleichzeitig Millionen-Dividenden aus. Dabei könnten sie die Coronakrisenfolgen und auch die mediale Grundversorgung problemlos aus ihren Gewinnen bezahlen. Gleichzeitig sage ich aber: Eine Förderung der Onlinemedien ist sinnvoll und nötig. Da sind die grossen zwar auch dabei. Aber gleichzeitig gibt es viele neue Angebote, die vielleicht auch den journalistischen Qualitätsschwund bei den grossen Tageszeitungen ein Stück weit auffangen könnten. Denn es gibt ein grosses Bedürfnis für Qualitätsjournalismus. Auch das hat diese Pandemie gezeigt. Mein ambivalentes Fazit: Wir müssen die Medien stützen, selbst wenn davon auch knallhart gewinnorientierte Konzerne profitieren.

Zum Schluss: Hat die Coronakrise den Service public gestärkt oder geschwächt?

Fürs erste ganz sicher gestärkt. Das Bewusstsein, wie wichtig ein gut funktionierender Service public ist, ist in der Bevölkerung enorm gewachsen. Die Versorgung hat geklappt. Das war enorm wichtig auch für die Akzeptanz des Notrechtregimes des Bundesrates, bei dem die Bevölkerung so gut mitgemacht hat. Die ganz grosse Frage ist nun, wie die massive Verschuldung der öffentlichen Hand abgearbeitet wird. Wenn der Service public unter das Spardiktat fällt, wäre das absolut fatal. Denn nötig ist das Gegenteil von Sparen. Beim Service public muss jetzt auch in die Menschen investiert werden: nicht nur im Gesundheitswesen, sondern auch im Care-Bereich, bei der Betreuung also. Die Kinderbetreuung muss ausgebaut werden, und die Kosten für die Eltern müssen sinken.

Wird das geschehen?

Da passiert sicher nur etwas, wenn wir massiven Druck entwickeln. Ohne Druck geht der ganze Betreuungsbereich schleunigst wieder vergessen. Vielleicht braucht es jetzt einen Streik in der Pflege und Betreuung. Irgendwann müssen die Frauen einfach sagen: Wir legen die Arbeit nieder, wenn nicht endlich bessere Arbeitsbedingungen kommen und die Betreuungsangebote stärker finanziert werden. Wenn also die Care-Beschäftigten und die Bevölkerung gemeinsam sagen: Jetzt streiken wir, damit endlich etwas geht.

Das SGB-Dossier zum Service public gibt's hier:
rebrand.ly/service-public

workfrage:
Braucht es jetzt einen Streik in der Pflege und in der Betreuung?

Schreiben oder mailen Sie uns Ihre Meinung zu diesem Thema! Eine Auswahl der Antworten lesen Sie in der nächsten Ausgabe.
E-Mail oder Brief an: **work, Frage, Postfach 272, 3000 Bern 15, redaktion@workzeitung.ch**

Dore Heim: Historikerin, Gleichstellungsbeauftragte, Madame Service public

Dore Heim (61) betreut seit 2012 beim Schweizerischen Gewerkschaftsbund (SGB) als Zentralsekretärin die Dossiers Service public, Infrastruktur- und Energiepolitik. Und in den letzten Monaten war sie die SGB-Verbindungsfrau zur Klimastreik-Bewegung.

SJU. Heim hat nach einer Ausbildung in Modern Dance in Zürich, Bern und Erlangen (D) Geschichte und Soziologie studiert. Seit dem Studium engagiert sie sich in feministischen Projekten. Von 1991 bis 1999 arbeitete sie bei der damaligen Schweizerischen Journalist/innen-Union (SJU), einer Sektion des VPOD. Die SJU gehörte 1999 zu den Gründungsgewerkschaften der Mediengewerkschaft Comedia (heute Syndicom).

WORK. Danach leitete Heim bis zu ihrem Wechsel zum SGB die Fachstelle für Gleichstellung der Stadt Zürich. Diese sorgte unter anderem 2004 mit der legendären «Pizzaschachtel-Aktion» dafür, dass das Thema Lohngleichheit zum Stadtthema wurde. Die Schachtel gehört unterdessen zur Sammlung des Museums für Gestaltung. 1991 gehörte Dore Heim zu den Mitorganisatorinnen des ersten Frauenstreiks. Sie sitzt seit 2014 im Beirat von work. Ende Juli geht sie beim SGB in Pension. (cs)

SGB-FRAU DORE HEIM: «Irgendwann müssen die Frauen einfach sagen: Wir legen die Arbeit nieder, wenn nicht endlich bessere Arbeitsbedingungen kommen und die Betreuungsangebote stärker finanziert werden.»

Nach Massenentlassung bei XPO Logistics:

Jetzt brodelt's!

Während der Oberchef in den USA Milliarden einsackt, verlieren in der Westschweiz 39 XPO-Mitarbeitende ihren Job.

JONAS KOMPOSCH

Ob in Frankreich, Spanien oder England – wo immer der US-amerikanische Logistikkonzern XPO Logistics Fuss fasst, schlagen seine Mitarbeitenden bald Alarm. Wegen niedriger Löhne, schlechter Sicherheitsstandards, aggressiver Übernahmepläne oder Massenentlassungen. Jetzt auch in der Schweiz, wo der Standort in Satigny GE geschlossen und sämtliche der 39 Mitarbeitenden entlassen werden sollen. Und zwar möglichst billig: Ein Sozialplan sei schlicht «nicht nötig», liess eine XPO-Sprecherin verlauten. Und mit der Unia verhandle man auch nicht, da sie das Personal nicht repräsentiere. Für den Gewerkschaftssekretär

FOTO: ZVG

US-MULTI: XPO-Logistics ist berüchtigt für miese Löhne und Massenentlassungen.

Umberto Bandiera ein schlechter Witz: «Eine grosse Mehrheit der Mitarbeitenden hat die Unia als ihre Vertretung gewählt und mit einem klaren Verhandlungsmandat versehen.» Und noch etwas ist faul: Ende März beantragte XPO Kurzarbeit und schickte die Mitarbeitenden nach Hause. Doch bloss wenige Tage später kündigte die Firma dem gesamten Westschweizer Team.

SCHLICHTUNG GESCHEITERT

Da ihr extra angeheuerter Anwalt auch vor dem kantonalen Einigungsamt zu keinerlei Kompromissen bereit war und die Schlichtung scheitern liess, hat jetzt die Belegschaft am 16. Juni zum dritten Mal eine gut besuchte Personalversammlung abgehalten. Auch Unia-Mann Bandiera war dabei und sagt: «So einfach lassen sich die Kolleginnen und Kollegen nicht abservieren. Sie sind fest entschlossen für ihre Würde einzustehen.» Wie, würden die Mitarbeitenden zu gegebener Zeit kommunizieren. An der Versammlung hätten sie jedenfalls auch über mögliche Kampfmassnahmen diskutiert.

Mittel für einen anständigen Sozialplan wären nämlich durchaus vorhanden. So gehört XPO zu den führenden Logistik- und Transportunternehmen der Welt und beschäftigt in 30 Ländern 97 000 Mitarbeitende. Ihre Arbeit spülte dem CEO und Firmengründer Bradley Jacobs allein 2018 satte 13 Millionen Dollar auf sein Konto. Heute verfügt Jacobs über ein Privatvermögen von 1,5 Milliarden Dollar. Und gehört damit zu den reichsten Menschen der Welt.

UNIA online

Unia-Buch zum Frauen*streik 2019

Wie ein Beben ging der Frauen*streik am 14. Juni 2019 durch die Schweiz. Jetzt hat die Unia das Buch «Die Schweiz bebt» mit Bildern des historischen Tages publiziert. Zu Wort kommen Gewerkschafterinnen und Wissenschafterinnen. Hier bestellen:
www.unia.ch/buch-frauenstreik

Unia sammelt Unterschriften gegen Tiefstlöhne in Zürich

Keine Löhne mehr unter 23 Franken pro Stunde!

Jetzt soll auch Zürich einen gesetzlichen Mindestlohn erhalten: Deshalb haben die Gewerkschaften gleich drei Volksinitiativen gestartet.

CHRISTIAN EGG

17 000 Menschen. So viele verdienen in der Stadt Zürich weniger als 4000 Franken pro Monat. Sie arbeiten im Detailhandel, in der Gastronomie, in der Reinigung. Zwei Drittel sind Frauen. Ihr Lohn reicht oft nicht zum Leben. Dabei ist in der Bankenmetropole reich-

«Wer in der Stadt arbeitet, soll auch hier leben können.»

LORENZ KELLER, UNIA

lich Geld vorhanden: Die Hälfte der Löhne liegt über 7800 Franken, ein Viertel sogar über 10 000.

Dieser Ungleichheit sagt jetzt eine Allianz aus Gewerkschaften, Parteien und Hilfswerken den Kampf an. Und startet gleich drei Volksinitiativen für einen gesetzlichen Mindestlohn von 23 Franken pro Stunde. Das ergibt 4000 Franken brutto im Monat.

TIEFLOHNZONE FLUGHAFEN

Drei Initiativen? Ja, sagt Lorenz Keller, Leiter der Unia Zürich-Schaffhausen, die das Projekt massgeblich unterstützt. Es handelt sich um Gemeinde-Initiativen in den drei grossen Städten Zürich, Winterthur und Kloten. «Dort ist am Flughafen ein Ballungsraum für Tieflöhne entstanden», begründet Keller, «etwa in der Reinigung, der Sicherheit und im Verkauf.»

DIE NÄGEL SCHÖN … der Lohn eher nicht. Kosmetikerin in einem Nagelstudio in Zürich. FOTO: KEYSTONE

Und: «Wer in der Stadt arbeitet, soll auch hier leben können», sagt Keller. Das ist immer weniger der Fall – die meisten Geringverdienenden wohnen heute ausserhalb und müssen pendeln. Das kostet viel Zeit und verstärkt die soziale Isolation.

ERFOLGSMODELL

Eine Stadt, ein Mindestlohn. Auch New York, San Francisco oder Chicago haben ihn eingeführt. Mit Erfolg, wie die Forschung zeigt: Die Tiefstlöhne steigen an. Wenn der Mindestlohn sich auf der auch in Zürich angestrebten Höhe bewegt, verschwinden auch keine Jobs. Allerdings steigen die Preise, etwa in Restaurants, Kleiderläden oder Nagelstudios.

Das sei auch richtig so, sagt Unia-Mann Keller: «Ähnlich wie beim Fairtrade-T-Shirt oder beim Biogemüse stellen die Initiativen die richtige Frage: Sind wir bereit, für einen Mehrwert, in diesem Fall faire Löhne, einen etwas höheren Preis zu zahlen?»

Initiative hier unterschreiben:
einlohnzumleben.ch

Mindestlohn: Genf stimmt im September ab

Am 27. September könnte Genf zum dritten Kanton mit einem gesetzlichen Mindestlohn werden. Dann kommt die Initiative der Gewerkschaften an die Urne. Sie fordert: keine Löhne unter 23 Franken. Gleich wie eine hängige Initiative in Basel-Stadt. Dort will der Regierungsrat aber mit einem Gegenvorschlag die Marke nur bei 21 Franken festlegen. Das Parlament hat noch nicht entschieden.

TESSIN & NEUENBURG. Bereits in Kraft ist ein Mindestlohn von 20 Franken in Neuenburg und im Jura. Im Tessin legte ihn das Parlament auf 18.75 bis 19.25 Franken fest, je nach Branche. Allerdings haben rund zehn Firmen dagegen Rekurs beim Bundesgericht eingereicht. (che)

Corona-Folgen: Bundesrat und Parlament verweigern die Arbeit

Selbständige müssen weiter zittern – trotz Mattea Meyer und Regula Rytz

Ende Mai lief das Krisenprogramm für Selbständigerwerbende aus. Mit drastischen Folgen für die Lockdown-Betroffenen. Doch die rechte Mehrheit spielt weiter auf Zeit. Und der neue Grünen-Präsident spielt mit.

CLEMENS STUDER

EINSATZ: Mattea Meyer (SP, ZH) hat Vorstösse eingereicht, Regula Rytz (Grüne, BE) einen Brief an den Bundesrat angestossen. FOTOS: PD

Der Bundesrat und die rechte Parlamentsmehrheit lassen die von der Coronakrise massiv getroffenen Selbständigerwerbenden am ausgestreckten rechten Arm verhungern. Das Krisenprogramm für sie ist Ende Mai ausgelaufen. Obwohl unzählige von den Kleinstbetrieben, speziell aus der Kultur- und Eventbranche, weiterhin massiv unter den pandemiebedingten Einschränkungen leiden (siehe auch Interview mit Dore Heim auf den Seiten 10 und 11).

Die Zürcher SP-Nationalrätin und Kandidatin fürs Parteien-Co-Präsidium, Mattea Meyer, wollte das rasch ändern. Sie reichte zwei Motionen ein, die die Lage der Selbständigen verbessern wollten. Die Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit des Nationalrats stimmte einer Verlängerung der Massnahmen zwar zu. Doch in der ständerätlichen Schwesterkommission lehnte eine Mehrheit aus SVP, CVP und FDP die Vorstösse ab. Auch vom Bundesrat kam keine Hilfe (work berichtete: **www.rebrand.ly/selbst).**

SEMINAR STATT HILFE

In der letzten Sessionswoche kam bei den Betroffenen nun noch einmal Hoffnung auf rasche Hilfe auf. Eine knappe Mehrheit des Nationalrates nahm einen Ordnungsantrag des Aargauer SP-Nationalrates Cédric Wermuth an. Er ist Mattea Meyers Mitkandidat fürs Partei-Co-Präsidium. Wermuth wollte die beiden Vorstösse Meyers noch in der laufenden Session behandeln. Doch die Hoffnung hielt nur eine kurze Nacht lang an. Bereits am nächsten Morgen trat der Solothurner FDP-Nationalrat Kurt Fluri ans Rednerpult – und stellte einen weiteren Ordnungsantrag, der den Entscheid vom Vorabend drehen wollte. Fluri argumentierte gegen die Soforthilfe an die Selbständigen mit generellen und abstrakten staatsrechtlichen Argumenten. Und hatte mit seinem Staatsrechtsseminar auch beim neuen Grünen-Präsident Balthasar Glättli Erfolg, der seine Meinung flugs änderte und Seite an Seite mit der SVP mithalf, die Behandlung der Meyer-Vorstösse weiter zu verzögern.

Regula Rytz startet neuen Anlauf für Selbständigen-Hilfe.

Unterdessen hat immerhin die Wirtschaftskommission (WAK) des Nationalrates dem Bundesrat einen Brief geschrieben. In diesem verlangt die WAK, der Bundesrat solle noch vor den Sommerferien eine Lösung für die Selbständigwerbenden finden. Angestossen hat das Schreiben die Berner Grünen-Nationalrätin Regula Rytz – und wetzte damit die Scharte ihres Nachfolgers ein Stück weit aus.

FOTO: GETTY

GÄHNENDE LEERE: Im Lockdown stand der Amsterdamer Bahnhof still. Nur sehr langsam nimmt die Weltwirtschaft jetzt wieder Fahrt auf.

Nach der Coronakrise ist erst vor der Krise

Wirtschaft hat keinen On-off-Schalter

Die Coronakrise ist nicht Corona geschuldet, deshalb wird sie länger dauern. Der Ausweg sind höhere Löhne, mehr Investitionen und Steuern für die Reichen.

OLIVER FAHRNI

Masken runter, Grenzen und Beizen auf – ist das Gröbste jetzt überstanden? Zuallererst: Reden wir nicht über das Coronavirus, denn trotz Riesengetöse wissen wir immer noch zu wenig. Sicher hingegen wissen wir: Die Wirtschaftskrise hat gerade erst richtig begonnen.

Der britische Ökonom Torsten Bell formuliert es so: «Die Arbeitslosigkeit ist gestiegen wie eine Rakete, aber runter kommt sie wie eine Daunenfeder.» In der Schweiz ist die Zahl der Erwerbslosen trotz Kurzarbeit im Vergleich zum Vorjahr um fast 54 Prozent gestiegen (Zahlen Mai). In den USA und in der EU sind inzwischen so viele Arbeitende um ihre existentielle Sicherheit gebracht worden, dass die Krise politischen Sprengstoff produziert. Doch das ist erst der Anfang: Sämtliche Daten sagen eine grosse Konkurs- und Enlassungswelle für den frühen Herbst voraus. Auch in der Schweiz.

ALLES WIEDER WIE VORHER?

Nie war eine Krise im modernen Kapitalismus so abrupt, so weltumspannend und so brutal. In kürzester Zeit haben viele Millionen Menschen Job und Brot verloren, noch mehr sind in sämtlichen Ländern in die Armut abgestürzt. Und nie haben sich Regierungen mit solcher Heftigkeit und weltweit koordiniert gegen eine Krise gestemmt: Sie haben Rettungspakete von mehr als 17 Billionen Dollar (15 000 Milliarden Franken) aufgelegt (siehe Box).

Dieser historische Vorgang verändert die Welt. Das Problem mit den Rettungspaketen ist doppelt. Wirken sie überhaupt? Volkswirtschaften haben keinen On-off-Knopf. Die meisten der heute Entlassenen kehren morgen nicht einfach wieder in ihren alten Job zurück. Wissen und Erfahrung gehen verloren, Menschen über 50 werden schneller entlassen (siehe Seite 4), und die Chancen der Jungen auf eine erfüllte berufliche Existenz sinken rabiat. Zum ersten Mal steigt in der Schweiz die Jugendarbeitslosigkeit deutlich an, um 77 Prozent (Mai).

Das hängt mit dem zweiten Problem zusammen. Alle Krisen verändern die Mechanik der Wirtschaft. Die Digitalisierung bekommt einen mächtigen Schub, mit Tele-Heimarbeit und mit der raschen Automatisierung vieler Dienstleistungen. Ebenso verschärft sich die Kapitalkonzentration, weil kleinere und mittlere Unternehmen eliminiert werden. Und drittens stehen heute die soziale Sicherheit und sogar der Service public, der doch in der Seuche gerade das Land gerettet hat, unter intensivem Beschuss der Rechten und der Witschaftsverbände.

HAT COVID-19 DIE KRISE AUSGELÖST?

Die Corona-Pandemie hat eine Krise extrem beschleunigt, die schon seit 2018 schwelte. Die weltweite Industrieproduktion begann bereits 2018 zu schwächeln und brach in Schlüsselindustrien (etwa der Autoindustrie) 2019 regelrecht weg, besonders deutlich bei «Exportweltmeister» Deutschland. Die Nachfrage nach Schweizer Produkten wuchs seit 2017 nur noch schwach. Bereits 2019 lag das Wachstum bei null, und die Investitionen waren negativ. Das sind starke Indikatoren für eine strukturelle Krise. Dasselbe Bild zeigte sich in fast allen fortgeschrittenen Volkswirtschaften.

Die Coronakrise kaschiert eine tiefere Krise des Finanzkapitalismus.

Weit schlimmer noch war es um den Finanzsektor bestellt. Die Bankenkrisen jagten sich, etwa in Italien. In den zwei Jahren vor Corona mussten Zentralbanken bereits 1000 Milliarden Dollar in Bankenrettungen stecken. Die Finanzderivate, die die Krise 2008 ausgelöst hatten, erreichten 2019 das Sechsfache des weltweiten Bruttoinlandprodukts (BIP). In allen Gremien, die seit 2008 das internationale Finanzsystem zu stabilisieren versuchen, kam Mitte 2019 hektische Aktivität auf. Schliesslich beschlossen die Weltenlenker am G-20-Treffen im japanischen Osaka Ende Juni 2019, den neuen drohenden Crash mit umfassenden Rettungspakten abzuwehren.

RIESIGES SCHULDENPROBLEM?

Die Coronakrise kaschiert eine tiefere Krise des Finanzkapitalismus, die seit 2008 regelmässig zu neuen und immer schärferen Ausbrüchen führt. Lockdown und Krise werden die Schweiz wohl an die 100 Milliarden Franken kosten.

Finanzminister Ueli Maurer will diese Ausgaben durch Sparprogramme und eine «Verzichtsplanung» abtragen. So attackieren SVP und Freisinnige gerade die AHV. Das ist neoliberaler Unsinn. Was für den privaten Haushalt stimmt, ist volkswirtschaftlich falsch. Werden Löhne, soziale Sicherheit und öffentliche Dienste gedrückt, kurbelt das die Krise erst scharf an. Sparen bei der öffentlichen Hand dient allein der Umverteilung von unten nach oben. Richtig hingegen wären die Erhöhung der Löhne, massive Investitionen in den ökologischen Umbau und höhere Steuern für die Bestverdienenden. Mit Corona oder ohne Corona.

Zurück zur Normalität? **Nein danke!**

Die 17 Billionen, die uns Leute wie SVP-Finanzminister Ueli Maurer nun als «Schulden» aufs Auge drücken wollen, sollen dazu dienen, zur «Normalität» zurückzukehren. Nicht mit uns, finden dieser Tage überall auf der Welt Bürgerinnen und Bürger. Die Normalität, sagen sie, war in Wahrheit abnorm. Sozial, ökologisch und menschlich verheerend.

DIFFUSE REBELLION. In kürzester Zeit und fast unbemerkt sind deshalb rund um den Globus Zehntausende von Bewegungen entstanden. Von Hunger- und Neu-Obdachlosengruppen in Europas reichen Städten über militante Ärzte- und Pflegerinnengruppen, Feinde staatlicher Überwachung und polizeilicher Gewalt bis zu kritischen Ökonomen, Gelbwesten und Neo-Bauern urbaner Landwirtschaft. Wenig eint diese Gruppen, ihre Ausrichtungen gehen quer durchs politische Spektrum, von übelstem Ultranationalismus bis zum aufgeklärten Ökosozialismus. In der publizierten Öffentlichkeit werden sie nur wahrgenommen, wenn irgendwo die Schaufenster bersten. Doch die Regierungen rüsten ihre Sicherheitsapparate mächtig auf. Sie haben verstanden: Diese diffuse, rasch wachsende Rebellion ist der andere entscheidende Fakt des beginnenden Corona-Zeitalters. (olf)

la suisse existe
Jean Ziegler

DIE COLTAN-KINDER VON KIVU

Es gibt Begegnungen im Leben, die man niemals vergisst. Niemals werde ich die verängstigten Blicke und die abgemagerten Körper der Kinder und Jugendlichen vergessen, die sich für einen Hungerlohn und ständig bedroht von den Gewehren der Milizen in den Coltan-Minen von Kivu in Ostkongo abquälen.

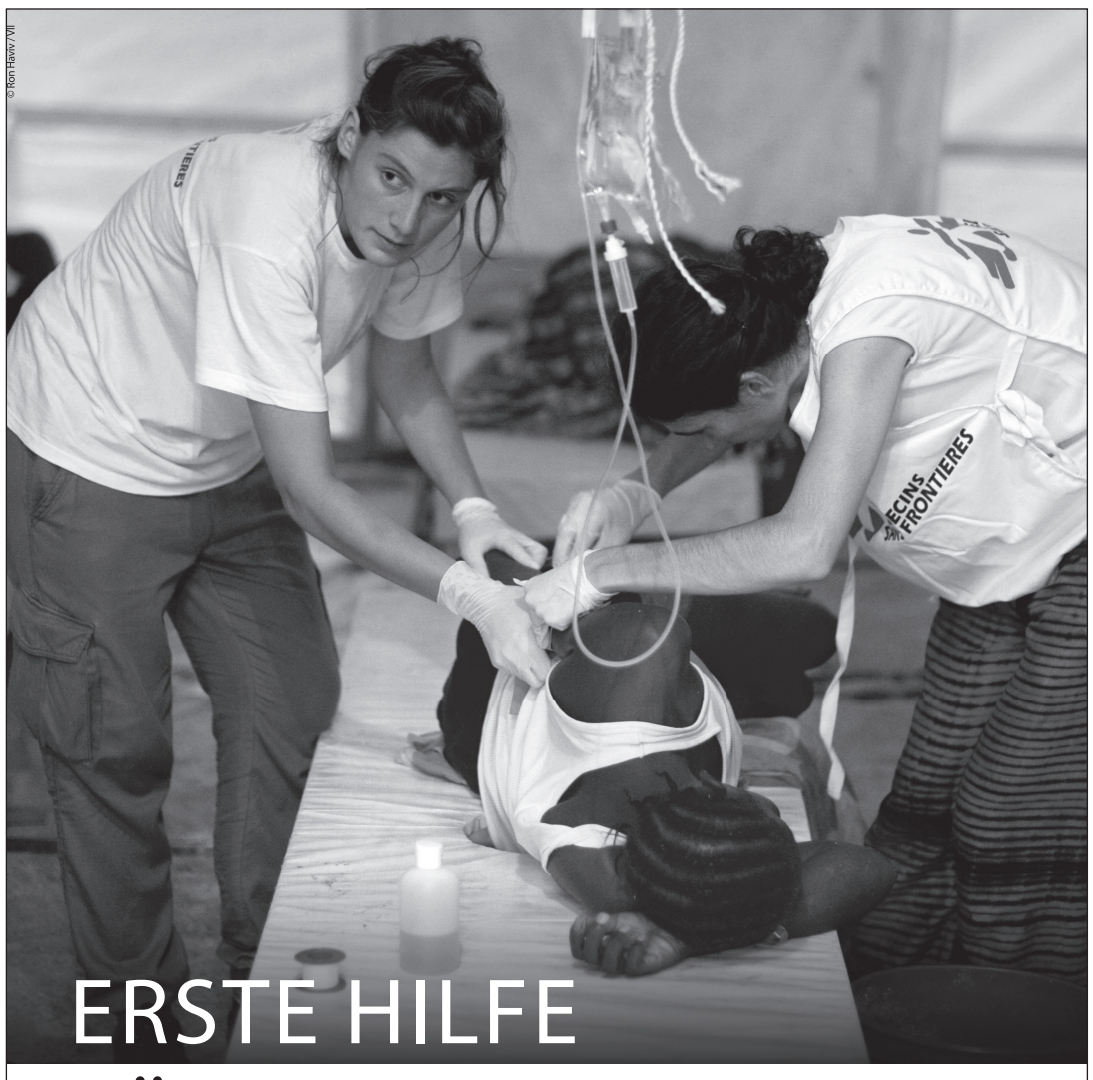
Wieder einmal haben die Konzern-Moguln und ihre Lakaien im Bundeshaus gewonnen.

Coltan ist ein hochwertiges Mineral, das für Handys, unter anderem aber auch beim Flugzeugbau verwendet wird. Es wird in brüchigem Gestein abgebaut, in 20 bis 30 Meter tiefen Schächten, in die nur schmale Kinder heruntergelassen werden können.
Die Minen werden von einheimischen afrikanischen oder libanesischen Unternehmen betrieben. Sie verkaufen ihre Ausbeute der staatlichen kongolesischen Minengesellschaft Gecamines, und diese wiederum verkauft das Coltan an Weltkonzerne wie Glencore, Rio Tinto oder Freeport-McMoran.

KELLER-SUTTERS DIENST. *In Bern ist in diesem Monat ein über zweijähriger parlamentarischer Kleinkrieg zu Ende gegangen. Streitobjekt: die Volksinitiative zur Konzernverantwortung. Die Initiative will transkontinentale Konzerne für Menschenrechtsverletzungen und Umweltschäden ihrer Tochterfirmen und Zulieferer schadenersatzpflichtig machen. Gerichtsstand soll der Heimatort der Konzerne sein.*
Der Nationalrat arbeitete einen Gegenvorschlag aus, der ebenfalls die Schadenersatzpflicht festlegt, wenn auch mit einigen Einschränkungen. Getrieben vom Bundesrat, genauer von Justizministerin Karin Keller-Sutter, die sich von den Grosskonzernen inspirieren liess, machte der Ständerat seinerseits einen Gegenvorschlag. Dieser setzt auf «Selbstkontrolle» anstelle von rechtlicher Verantwortung und sieht lediglich eine unverbindliche Pflicht zur Berichterstattung der Konzerne vor.
Am 4. Juni beschloss die Schlichtungskommission der beiden Räte, den ständerätlichen Gegenvorschlag durchzusetzen.
Wieder einmal haben – wenigstens in der Zwischenzeit – die Konzern-Moguln und ihre Lakaien im Bundeshaus den Streit gewonnen.

GRUNDFALSCH. *Was sind ihre Argumente?*
Erstens: Die Konzerne würden freiwillig Menschenrechte und Umweltnormen weltweit bei ihren Geschäften respektieren, weil sie eine Beschädigung des Ansehens der Schweiz vermeiden wollten. Zweitens: Die Schweiz brauche keine neuen Normen, weil die Uno bereits solche Normen vorbereite. Beide Behauptungen sind grundfalsch. Unser Land beherbergt über 700 transkontinentale Privatkonzerne, und mehr als die Hälfte davon gehören ausländischen Kapitalisten. Diese kümmern sich einen Dreck um das Ansehen der Schweiz in der Welt. Und die Uno hat soeben das Projekt einer internationalen Konvention zur Konzernverantwortlichkeit begraben. Staaten der Europäischen Union, die USA und Japan haben die Sabotage organisiert. Im Auftrag der Konzerne.
Bleibt die Volksabstimmung im kommenden November. Ich hoffe innigst, unser Volk werde dem Gebot der Gerechtigkeit und der Vernunft folgen, die Initiative annehmen und die Coltan-Kinder in Ostkongo von ihrem Leid befreien.

Jean Ziegler ist Soziologe, Vizepräsident des beratenden Ausschusses des Uno-Menschenrechtsrates und Autor. Sein neustes Buch ist: **Die Schande Europas. Von Flüchtlingen und Menschenrechten.**



ERSTE HILFE

FÜR MENSCHEN MIT LETZTER HOFFNUNG

ÄRZTE OHNE GRENZEN FRIEDENS NOBELPREIS 1999
WWW.MSF.CH
PK 12-100-2

MEDECINS SANS FRONTIERES
ÄRZTE OHNE GRENZEN

Verschiebung des vierten ordentlichen Kongresses der Gewerkschaft Unia

Angesichts der aktuellen Situation im Zusammenhang mit der Covid-19-Pandemie hat der Zentralvorstand der Unia als zuständiges Gewerkschaftsorgan beschlossen, den für November 2020 einberufenen ordentlichen Kongress zu verschieben.

Der Unia-Kongress findet neu statt vom

3.– 5. Juni 2021 in Biel.

Der Zentralvorstand begründet diesen Entscheid damit, dass für eine gute Vorbereitung des Kongresses die internen demokratischen Diskussionen in den Regionen, Sektoren und Interessengruppen und in den zentralen Gremien essentiell sind. Diese Debatten waren in den letzten Monaten unmöglich. Sie können auch in den kommenden Wochen nur unter erschwerten Umständen geführt werden.

Die erneute Einberufung des Kongresses wird zusammen mit der Mitteilung der neuen Fristen für Anträge und Wahlvorschläge im Oktober 2020 erfolgen.

work ist auch lila. Und zwar nicht bloss 1x jährlich.

work sagt, was ist. Am Puls der Zeit.

work – die Zeitung zur Arbeit für die Arbeitenden.

+++ 1 Jahr work für 36 Franken +++ www.workzeitung.ch +++

Neues Buch zur Schweizer Demokratie von Autor Jo Lang

Demokratie entstand von unten

Die direkte Demokratie der Schweiz hat auch mit der Sklaverei in den USA zu tun. Das macht der linke Historiker und Politiker Josef Lang in seinem neuen Buch deutlich.

RALPH HUG

Direkte Demokratie: Nirgends gibt es derart viele Mitsprachemöglichkeiten fürs Volk wie in der Schweiz. Doch diese fielen nicht vom Himmel. Stets hat sie die Zivilgesellschaft gegen die Mächtigen erkämpfen müssen – direkte Demokratie entstand von unten. Das ist, auf einen kurzen Nenner gebracht, die Botschaft von Jo Langs neuem Buch. Ein Beispiel ist die Bundesverfassung von 1874. Sie galt damals als die revolutionärste und weitreichendste der Welt.

UNGEHEUERLICHE UNGERECHTIGKEIT: Auktion von Sklaven in den US-Südstaaten, 1852. Alle, die im 19. Jahrhundert in der Schweiz eine neue Verfassung wollten, solidarisierten sich vehement mit den Sklavenbefreiern in den USA. FOTO: KEYSTONE

ERFOLG DER GEWERKSCHAFTEN

Drei soziale Gruppen fanden sich damals zusammen: die Demokraten, die freisinnigen Radikalen und der Grütliverein als Vorläufer der Sozialdemokratie. Sie alle hatten genug vom alles beherrschenden «System Escher»: Der Grosskapitalist, Bankmagnat und Eisenbahngründer Alfred Escher hatte die Schweiz im Sack und gab selbstherrlich den Ton an. Ihn galt es zu schlagen. Also spannten die drei zusammen und mobilisierten das Volk aus unterschiedlichen Motiven für mehr Demokratie. Mit Erfolg.

Dieser Erfolg, der in der neuen Bundesverfassung von 1874 gipfelte, hat auch mit der Sklaverei in den USA zu tun. Denn alle, die eine neue Verfassung wollten, solidarisierten sich vehement mit den Sklavenbefreiern in den USA. Auf der anderen Seite standen die Wirtschaftsliberalen um Alfred Escher. Sie unterstützten die Baumwollherren und Plantagenbesitzer, weil sie ökonomisch von der Sklaverei profitierten. Katholische Kreise hielten ebenfalls zu den Unterdrückern im Süden der USA. Sie konnten mit den «Hottentotten», wie Schwarze zu jener Zeit abschätzig genannt wurden, wenig anfangen, und sie waren auch gegen moderne Reformen in der Schweiz. So befeuerte der Kampf um die Abschaffung der Sklaverei die politische Ausgestaltung der modernen Schweiz. Das macht Jo Lang auf überraschende Weise deutlich. Er beschreibt diese Zeit sogar als «stärksten zivilgesellschaftlichen Aufbruch in der Schweizer Demokratiegeschichte».

Drei soziale Gruppen wollten das «System Escher» bodigen.

Langs konsequent linke Optik rückt auch die fortschrittliche Rolle der Gewerkschaften als Verfechterinnen einer sozialen Demokratie ins Licht. Andere Geschichtsbücher verschweigen oder spielen sie herunter. Der Kampf der Arbeiterbewegung um Anerkennung kulminierte im Landesstreik von 1918. Lang setzt hier einen originellen Akzent, indem er das Abseitsstehen einer wachsenden Klasse betont: der Angestellten. Umso grösser war deshalb der Schreck bei den Bürgerlichen, als in Zürich sogar die Bankangestellten streikten.

AUFSTIEG UND FALL DER SVP

Eine Perle in Langs Buch ist seine Bewertung von Christoph Blocher und dem kometenhaften Aufstieg der SVP. Lang erkennt in Blocher einen späten kalten Krieger und geistigen Landesverteidiger aus den 1930er Jahren. Ihm sei es gelungen, unter der Klammer der Ausländerfeindlichkeit Konservative aller Fasson zusammenzubringen. Lang sieht aber Blochers Stern schon länger am Sinken. Nach etlichen Niederlagen sei die Dominanz der SVP heute vorbei. Die Schweiz sei das erste Land Europas mit einem Aufstieg des Rechtspopulismus gewesen, und sie sei jetzt auch das erste, in dem sein Abstieg stattfinde. Dies zeigen laut Lang die Wahlen von 2019, die mit einer Niederlage der SVP und einem Erdrutschsieg des grünen Lagers endeten. Lang hält die Klimajugend und den Feminismus für die beiden wichtigsten Bewegungen der Gegenwart. Sie würden künftig die Hauptauseinandersetzungen mit den klassisch-bürgerlichen Kräften bestreiten.

Historiker: Jo Lang

Ein Linker schreibt Geschichte. Und macht sie auch selbst. Josef «Jo» Lang (*1954) war Berufsschullehrer, Mitgründer der Gesellschaft für eine Schweiz ohne Armee (GSoA) und langjähriger Politiker der Grünen Alternative Zug. Von 2004 bis 2011 sass er für die Grünen im Nationalrat, bis er die Wiederwahl knapp verpasste. Doch als gewichtige politische Stimme blieb der Historiker bis auf den heutigen Tag präsent – mit Artikeln, Blogs und Aufsätzen. Selbst in einem katholischen Haus aufgewachsen, sorgte er insbesondere mit kritischen Beiträgen zum katholischen Antisemitismus für Aufsehen. (rh)

Josef Lang: **Demokratie in der Schweiz. Geschichte und Gegenwart.** Verlag Hier und Jetzt, Baden 2020, ca. CHF 40.–.

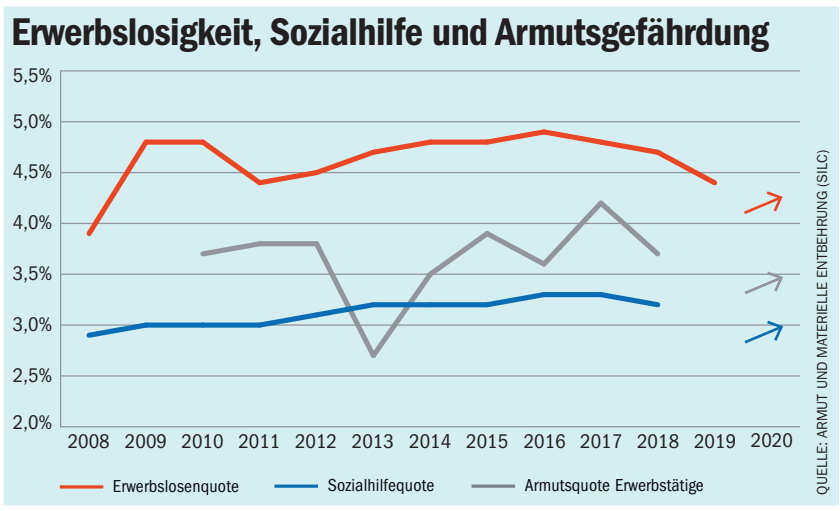
work 1x1 der wirtschaft

Hans Baumann

ARBEITSLOSIGKEIT UND ARMUT IN DER «REICHEN SCHWEIZ»

Arbeitslosigkeit und Armut sind Stichworte, die jetzt in der Coronakrise allgegenwärtig sind, auch in der Schweiz. Arbeitnehmende, die auf Kurzarbeit gesetzt oder entlassen werden, kommen wegen der Einkommenskürzung an oder sogar unter das Existenzminimum. Das gleiche gilt für eine grosse Zahl von Selbständigen, die in den letzten Monaten Verdienstausfälle in Kauf nehmen mussten. Über die Hälfte der Haushalte verfügen über weniger als 50 000 Franken Vermögen, ein Viertel der Bevölkerung besitzt gar nichts oder hat gar Schulden. Eine längere Periode mit Verdienstausfällen können die meisten nicht ohne Hilfe durchstehen, sie haben kaum Reserven.

KONSTANT HOCH. Wie die Grafik zeigt, ist Arbeitslosigkeit und Armut kein neues Phänomen. Bereits in den letzten 10 Jahren, die nach der Finanzkrise eigentlich Jahre der Hochkonjunktur waren, ist die Erwerbslosigkeit konstant hoch geblieben. Noch 2018 war die Erwerbslosenquote mit 4,7 praktisch gleich hoch wie 2009; erst im letzten Jahr ging sie etwas zurück. Sehr ähnlich sieht es bei der Armutsquote der Erwerbstätigen aus, die seit 2010 etwa gleich blieb. Als arm gelten Erwerbstätige, die in einem Haushalt leben, der über weniger als die Hälfte des mittleren Einkommens verfügt, 2018 entsprach das bei einem Einpersonenhaushalt 2080, bei einem Vierpersonenhaushalt 4370 Franken. Kein Wunder, dass auch jener Teil der Bevölkerung, der auf Sozialhilfe angewiesen ist, in den letzten 10 Jahren nicht kleiner, sondern sogar grösser geworden ist.



50 PROZENT MEHR ARBEITSLOSE. Die Coronakrise hat jetzt zu einer noch nie dagewesenen Anzahl von Kurzarbeitenden und einem gegenüber dem Vorjahresmonat über 50prozentigen Anstieg der Arbeitslosigkeit geführt. Die Konjunkturforschungsstelle der ETH rechnet bis Anfang 2021 mit einem Anstieg der Erwerbslosenquote auf 6 Prozent, das wäre der höchste Wert der letzten 50 Jahre. Kurzarbeit, Arbeitslosigkeit und Erwerbsausfälle könnten viele Familien in den nächsten Monaten in Armut und Abhängigkeit treiben. Die Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe rechnet je nach Szenario mit einem Anstieg der Sozialhilfebeziehenden um 70 000–100 000 Personen, was die Sozialhilfequote von heute 3,2 auf 4 bis 4,3 Prozent erhöhen würde. Neben den nötigen Überbrückungshilfen braucht es deshalb jetzt Gegenstrategien wie ein sozial- und umweltorientiertes Impulsprogramm, um die Schweizer Wirtschaft schnell wieder aus der Krise zu führen.

Hans Baumann ist Ökonom und Publizist.

Linker US-Exportschlager

Jacobin Magazin

Seit dem 1. Mai leuchtet am deutschsprachigen Pressehimmel ein neuer roter Stern: Er heisst «Jacobin Magazin», stammt aus den USA und ist laut Eigenwerbung eine Vierteljahresschrift für «die unerwartete Rückkehr des demokratischen Sozialismus». Klingt verstaubt? Das Gegenteil ist der Fall. Denn die sozialen Bewegungen der USA haben mächtig Aufwind – trotz (oder gerade wegen) Präsident Trump. Und sie gaben der Welt wichtige Impulse wie #MeToo oder #BlackLivesMatter. Nah dran war stets Jacobin. Mit klugen Kommentaren, scharfen Analysen, aber ohne ideologische Scheuklappen. Und weil die Hefte zudem immer prächtig gestaltet sind, mauserte sich Jacobin rasch zum wichtigsten Debattenmagazin der US-amerikanischen Linken. Jetzt auch in der Schweiz erhältlich.

Ein **Jahresabo für 4 gedruckte Ausgaben** kostet 38 Franken, ein Online-Abo 22 Franken. **www.jacobin.de**

Toscanaferien mit Politkurs

«Alles Faschos?»

Mitten in der Toscana, umgeben nur von sanften Hügeln und saftigen Reben, steht ein wahres Idyll: das ökologische Ferien- und Bildungshaus Collodi. Auf dem ehemaligen Bauerngut lässt sich vorzüglich Chianti schlürfen und am Pool relaxen. Aber nicht nur: Auch in diesem Sommer steht eine politische Bildungswoche auf dem Programm. Und zwar zum Thema «Europas neue Rechte. Alles Faschos?». Kursleiter ist der Luzerner Kantonsrat und Rechtsextremismus-Experte Hans Stutz. Zwei Exkursionen leitet der St. Galler Historiker Markus Blaser: eine ins Florenz der Resistenza und eine zu Schauplätzen der Partisanenkämpfe und Wehrmachtsverbrechen.

Bildungsferien vom 29. August bis 5. September. Jetzt anmelden unter: **www.collodi.ch**

Endlich im Kino

Die Känguru-Chroniken

Fertig Lockdown, ab ins Kino! Das gilt für Fans des Berliner Kabarettisten Marc-Uwe Kling. Seine legendären «Känguru-Chroniken» sind nämlich noch vor Corona verfilmt worden. Herausgekommen ist ein urwitziger Streifen, der mit den genialen Buch- und Hörspieloriginalen durchaus mithalten kann. Der Inhalt ist bekannt: Ein unterambitionierter Kleinkünstler mit Migräne-Hintergrund und anarchistischen Idealen teilt sich eine Wohnung mit einem kommunistischen Känguru. Doch die ganz normale Kreuzberger WG ist in Gefahr: Ein rechtspopulistischer Immobilienhai bedroht mit einem gigantischen Bauprojekt die Kiez-Idylle. Jetzt entwickelt das Känguru einen genialen Plan. Und dann noch einen, weil Marc-Uwe den ersten nicht verstanden hat. Und noch einen dritten, weil der zweite nicht funktioniert hat. Bis das Ganze in einem grossen Anti-Terror-Anschlag gipfelt.

Die Känguru-Chroniken. Deutschland 2020, 95 Minuten, Regie: Dani Levy. Jetzt im Kino.

Das offene Ohr

Markus Widmer
von der Unia-Arbeitslosenkasse beantwortet Fragen aus der Arbeitswelt.

Arbeitslos I: Muss ich ein Jahr in der Schweiz gearbeitet haben, um Taggelder zu erhalten?

Ich war ursprünglich in Deutschland wohnhaft. Dann erhielt ich ein interessantes Stellenangebot im Gastronomiebereich in der Schweiz. Ich habe deshalb meinen Wohnsitz in die Schweiz verlegt. Leider hat mir mein Chef bereits nach sieben Monaten gekündigt, weil das Geschäft nicht gut läuft. Ich habe gehört, dass man in der Schweiz nur Anspruch auf Arbeitslosentaggeld habe, wenn man während mindestens 12 Monaten gearbeitet habe. Stimmt dies?

MARKUS WIDMER: Nicht unbedingt. Im Rahmen der bilateralen Verträge können Sie sich auch die Zeit anrechnen lassen, in der Sie noch in Deutschland gearbeitet haben. Bitte nehmen Sie Kontakt mit

ARBEITSLOSEN-TAGGELD: In Deutschland geleistete Arbeit können Sie sich in der Schweiz anrechnen lassen. FOTO: ISTOCK

der deutschen Arbeitsmarktbehörde auf. Lassen Sie sich die in Deutschland geleisteten Versicherungszeiten bestätigen. Die Behörde wird Ihnen ein PD-U1-Formular ausstellen, mittels dessen Sie sich die Versicherungszeiten anrechnen lassen können. Wenn Sie während der letzten zwei Jahre mehr als fünf Monate in Deutschland gearbeitet haben, erfüllen Sie zusammen mit den sieben in der Schweiz gearbeiteten Monaten die Mindestbeitragszeit von zwölf Monaten. Somit haben Sie Anspruch auf Arbeitslosentaggeld, sofern Sie die weiteren Anspruchsvoraussetzungen erfüllen.

Arbeitslos II: Kann ich in Portugal eine Stelle suchen?

Ich arbeite auf dem Bau in der Schweiz. Da meine Firma weniger Aufträge hat, hat sie mir gekündigt. Ich habe mich daraufhin beim RAV sowie bei der Unia-Arbeitslosenkasse angemeldet. Ich hoffe nun, in Portugal grössere Chancen zu haben, eine Arbeitsstelle zu finden, und möchte deshalb während dreier Monate nach Portugal reisen und mich dort nach einer Arbeitsstelle umsehen. Ist es möglich, sich bei den portugiesischen Arbeitsmarktbehörden anzumelden und trotzdem aus der Schweiz Arbeitslosentaggeld zu beziehen?

MARKUS WIDMER: Ja. Sie können beim Regionalen Arbeitsvermittlungszentrum (RAV) einen sogenannten Leistungsexport beantragen. Sie müssen jedoch in der Regel zuerst während mindestens vier Wochen in der Schweiz eine Stelle suchen. Der Leistungsexport ist nur für eine Dauer von drei Monaten zulässig und nur für die 28 EU-/EFTA-Staaten. Für den Leistungsexport benötigen Sie ein PD-U2-Formular, das Sie beim RAV beziehen können. Anschliessend haben Sie während sieben Tagen Zeit, sich in Portugal bei der zuständigen nationalen Arbeitsvermittlungsstelle anzumelden. Sie müssen die Kontrollpflichten erfüllen, welche die portugiesischen Behörden verlangen. Sie werden also bezüglich Auflagen den Portugiesinnen und Portugiesen gleichgestellt. Die Höhe des Arbeitslosentaggeldes bleibt gleich, und es wird auf das bisherige Schweizer Bank- oder Postkonto eingezahlt. Viel Erfolg bei Ihrer Stellensuche!

Bei Reisen ins Ausland ist gute Vorbereitung empfehlenswert

Wieder möglich: Ferien von der Schweiz

Der Bundesrat, haben Sie im Ohr, rät weiterhin von unnötigen Reisen ins Ausland ab. Aber Sie haben jetzt Ausland so was von nötig! Wie Sie planen sollten – und was es in unseren Nachbarländern zu beachten gilt.

MARTIN JAKOB

«Wir brauchen Schweiz», verkündet Schweiz Tourismus. Klar: Die inländische Bevölkerung soll die Betten füllen, in denen sich in Normaljahren Reisende aus Übersee und Resteuropa in süssen alpenländischen Schlummer wiegen. Und es spricht ja auch nichts dagegen, wieder mal die Schönheiten des eigenen Landes ausgiebig zu würdigen. Anderseits: Dolce far niente an der tyrrhenischen Küste ist halt auch nicht zu verachten. So wenig wie der Rundblick vom Eiffelturm über die Île de France. Oder ein Bummel durch Hamburgs Speicherstadt.

Nun: Die Grenzen sind wieder offen, das Reisen innerhalb der Schengen-Staaten wie zu Vor-Corona-Zeiten möglich. Allerdings gelten je nach Land noch unterschiedliche Einschränkungen –

Die Vergnügungsmeile von St. Pauli steckt noch tief im Lockdown.

auch solche, die Ihr Ferienerlebnis trüben könnten. Der Eiffelturm? Offen, aber ohne Lift und nur bis zur zweiten Etage. Da sieht man noch nicht viel. Der italienische Strand? Vielleicht schon wegen Überschreitung der Corona-Maximalbelegung abgesperrt, wenn Sie nach gemütlichem Frühstück ihr Tüechli auslegen wollen. Rambazamba bis morgen früh in St. Pauli? Die Vergnügungsmeile steckt noch tief im Lockdown.

Darum lohnt es sich zu recherchieren, bevor man bucht und losfährt.

- Reiseweg: Welche internationalen Verbindungen sind wieder intakt (einschliesslich Rückreise), und gibt es noch Einschränkungen im lokalen ÖV am Zielort?
- Am Ferienort: Sind die Attraktionen, die mir wichtig sind, tatsächlich in Betrieb und uneingeschränkt zugänglich?
- Welche zwingenden Regeln gelten im öffentlichen Raum, im Hotel, in Restaurants und Bars und am Strand?
- Wie sind die Annullationsbedingungen der verschiedenen Dienstleister, falls die zweite Welle käme? Buchen Sie mit möglichst grosszügigen Stornobedingungen (siehe Artikel unten)!

ANDERE REGELN

Für die an die Schweiz angrenzenden Länder gelten bis auf weiteres die folgenden Regeln (Stand 23. Juni).

DEUTSCHLAND

192 000 Infizierte (0,23% der Bevölkerung)*

In ganz Deutschland gilt die 1,5-Meter-Abstandsregel, ebenso die Maskentragpflicht im öffentlichen Verkehr und beim Einkauf. Im übrigen sind die Einschränkungen von Bundesland zu Bundesland unterschiedlich. In den meisten Bundesländern sind Diskotheken weiterhin geschlossen und nur kleine Veranstaltungen bis zu 100 Personen erlaubt. Freizeiteinrichtungen hingegen sind mehrheitlich offen, ebenso Hotels, Gastronomie, Strände und Bäder.

Telefonische Gesundheits-Hotline bei Fragen zu Corona: **116117**. Nützliche Links: die Seite des ADAC mit den Infos zu den Bundesländern: **rebrand.ly/germany1** und die Spezialseite des Bundesministeriums für Gesundheit: **www.zusammengegencorona.de.**

FRANKREICH

161 000 Infizierte (0,24% der Bevölkerung)

Auf die Sommerferien hin macht nach den anderen Regionen auch Paris, wo der Lockdown länger als in den ländlichen Gegenden beibehalten wurde, die touristischen Angebote wieder grossenteils zugänglich – einschliesslich Louvre, Schloss Versailles und Eiffelturm.

Im öffentlichen Verkehr gilt die Maskentragpflicht. Im ganzen Land ist es den Geschäften, Veranstaltern und Restaurants überlassen, ob sie von den Kundinnen und Kunden das Maskentragen verlangen wollen. Landesweit gilt die 1-Meter-Abstandsregel. Öffentliche Veranstaltungen sind bis zu 5000 Teilnehmenden erlaubt. Private Versammlungen im öffentlichen Raum sind aber nach wie vor auf 10 Personen beschränkt.

Corona-Telefon: **0800 130 000.** Offizielle Informationen: **rebrand.ly/franceinfo.**

ITALIEN

239 000 Infizierte (0,4% der Bevölkerung)

Italien war vom Virus besonders hart betroffen und lockert deshalb die Schutzmassnahmen entsprechend vorsichtig. Die Infektionsrate war allerdings in den nördlichen Regionen bis hinunter in die Toscana weit höher als im Süden, entsprechend ist im Norden mit grösseren Einschränkungen zu rechnen. Landesweit gilt die 1-Meter-Abstandsregel. Masken sind im öffentlichen Verkehr, in Läden und auch im Restaurant Pflicht. Hotels, Bäder und andere touristische Einrichtungen dürfen bei ihren Gästen die Körpertemperatur messen und ihnen den Eintritt verweigern, wenn diese über 37,5 Grad liegt. Strände mit Mietplätzen dürfen den Zugang auf reservierte Plätze beschränken und müssen dafür sorgen, dass die Sonnenschirme nicht dichter stehen als einer pro 10 m² Fläche.

Telefonische Gesundheits-Hotline: **1500.** Nützliche Links: Vorschriften für die Anbieter touristischer Leistungen: **rebrand.ly/italiaeins**, Spezialseite des italienischen Gesundheitsministeriums: **rebrand.ly/italiazwei.**

ÖSTERREICH

17 500 Infizierte (0,2% der Bevölkerung)

Generell gilt die 1-Meter-Abstandsregel. Maskenpflicht im öffentlichen Verkehr, im Taxi, in Apotheken, bei allen Veranstaltungen in geschlossenen Räumen sowie bei Dienstleistungshandlungen, wo die Abstandsregel nicht einhaltbar ist – zum Beispiel beim Coiffeur. Im Juli sind Veranstaltungen bis 250 Personen in geschlossenen Räumen und 500 Personen im Freien erlaubt, im August verdoppeln sich diese Zahlen. Um 1 Uhr ist Sperrstunde.

Telefonische Gesundheits-Hotline: **1450.** Nützliche Links: **www.sichere-gastfreundschaft.at** und die Corona-Seite des Sozialministeriums: **rebrand.ly/sozialoe.**

* Werte für die Schweiz: 31 000 Infizierte (0,36 Prozent der Gesamtbevölkerung)

FERIEN MIT FILTER: Länder-vorschriften zum Maskentragen sollten beachtet werden. Bussengefahr! FOTO: ISTOCK

WORKTIPP

TRIPS MIT HINDERNISSEN

Ausser zu den Nachbarländern sind die Grenzen auch innerhalb des ganzen Schengen-Raums und zu Grossbritannien für Schweizer Reisende wieder geöffnet. Gelüstet Sie nach einer Reise in fernere Länder? Einen aktuellen Stand der Reisebedingungen pro Land weltweit liefert Ihnen diese Website der Vereinten Nationen: **rebrand.ly/globalun**

ARBEITSRECHT

WENN FERIEN AUSFALLEN

Sie können Ihre Ferien krankheitshalber nicht antreten oder müssen sie frühzeitig abbrechen? Dann haben Sie – vorausgesetzt, die Krankheit ist durch Arztzeugnis belegt – ein Recht darauf, die Ferien nachzuholen. Den Termin dafür bestimmt die Firma, muss aber Ihre familiäre Situation und Ihre Wünsche so weit als möglich berücksichtigen. Das gleiche gilt natürlich auch, falls Sie in den Ferien am Coronavirus erkranken sollten.

QUARANTÄNE. Was aber, wenn Sie selber in einem Gebiet festsitzen, in dem eine zweite Ansteckungswelle ausbricht, und Ihre Feriendestination zum Risikogebiet erklärt worden ist? Steht der Ort unter behördlich verfügter Quarantäne, haben Sie Anspruch auf Lohnzahlung beziehungsweise Feriennachbezug. Ohne Quarantäne tragen Sie jedoch das Risiko selbst, nicht rechtzeitig aus den Ferien heimkehren zu können.

VERSCHIEBEN. Und dürfen Sie Ihre Ferien verschieben, wenn das Virus Ihre Pläne durchkreuzt – zum Beispiel, weil die gebuchte Asienreise vom Veranstalter abgesagt wird? Strenggenommen darf die Firma darauf bestehen, dass Sie Ihre Ferien wie angemeldet und bewilligt beziehen und halt eine Ersatzreise planen. Eine Verschiebung ist also Verhandlungssache.
Übrigens: Stehen Sie zum Zeitpunkt Ihres Ferienbezugs noch unter Kurzarbeit, erhalten Sie für die Dauer der Ferien den vollen Lohn, weil für die Firma in dieser Zeit auch keine Fehlzeiten entstehen. (jk)

saldo tipp im work

Dieser Text stammt aus der Zeitschrift für Konsumentenschutz «Saldo».

ZAUBERHÄNDE: Mit Fernwartung lassen sich viele Computerprobleme übers Internet lösen – solange nicht ein Teil der Hardware ausgetauscht werden muss. FOTO: DREAMSTIME

Telemedizin gibt's auch für Ihren Computer

Der Computer ist krank? Nichts geht mehr, und niemand kann vorbeikommen? Kein Problem. Mit Programmen zur Fernwartung kann der Kollege oder die Tochter übers Internet helfen. Möglich macht's das Gratisprogramm Teamviewer. Damit kann man aus der Ferne auf fremde Computer zugreifen und diese per Maus und Tastatur steuern, als sässe man davor. So geht's: Die Helferin installiert auf ihrem eigenen Computer das Programm Teamviewer (Download: **teamviewer.com/downloads).** Dann schickt sie der Person, der sie helfen will, einen Link per Mail.

Mit Teamviewer erhält die Helferin Zugriff auf den fremden Computer.

PASSWORTSCHUTZ. Für Windows-PCs kann man folgenden Link verwenden: **rebrand.ly/teamviewer-windows.** Für Macs nimmt man den Link **rebrand.ly/teamviewer-mac.** So kann die Person, die Hilfe braucht, ebenfalls Teamviewer herunterladen und öffnen. Dann sieht sie eine ID-Nummer und ein Passwort. Diese Angaben muss sie dem Helfer telefonisch durchgeben, damit er auf den Computer zugreifen kann. Nach Eingabe dieser Daten in den Teamviewer erhält der Helfer Zugriff auf den fremden Computer. Er sieht dessen Schreibtisch und kann dadurch eingreifen, als sässe er selbst vor dem Computer. Die Verbindung wird automatisch getrennt, wenn auf einem der beiden Computer der Teamviewer geschlossen wird. MARC MAIR-NOACK

LIEGT DA ETWAS IN DER LUFT? Falls Sie nach einer Ferienbuchung plötzlich Ängste plagen, ist eine Annullation oft nicht mehr kostenlos möglich. FOTO: GETTY

Ferien mit Risiko Corona: Wie Sie buchen, wie Sie sich versichern

Zweite Welle? Man weiss ja nie …

Noch ist das Coronavirus nicht besiegt. Buchen Sie überlegt, und prüfen Sie Ihren Versicherungsschutz.

MARTIN JAKOB

In den meisten Ländern sinkt die Zahl der Neuinfektionen, die Grenzen öffnen sich, und Ihr Fernweh meldet sich heftig. Sie wollen also wieder mal grössere Ferien buchen. Aber was, wenn unversehens eine zweite Corona-Welle anrollt? Ihr Reiseland die Grenzen wieder dichtmacht oder Ihr Ferienort einen Lockdown verfügt? Oder, noch schlimmer, Sie selber krank werden? Müssen Sie dann die gebuchten Leistungen trotzdem bezahlen? Und was ist, wenn die gebuchte Destination zwar für Touristen zugänglich bleibt, Sie aber aus Angst vor Ansteckung oder wegen des eingeschränkten Erholungswerts absagen möchten?

WER ABSAGT, ZAHLT. Wenn Ihr Veranstalter die Reise absagt, die Airline den Flug cancelt oder das Hotel die Pforten schliesst, ist der Fall klar. Sie müssen nichts bezahlen oder erhalten den bezahlten Betrag zurück. Ebenso klar: Wenn die Reise möglich wäre, Sie aber aus persönlichen Gründen absagen, bleiben Sie in der Pflicht. Sie verlieren je nach Buchungsart und Vertragsbedingungen den gesamten Betrag oder schulden einen Teilbetrag.

WER KRANK WIRD, AUCH. Erkranken Sie selber vor Reiseantritt oder während der Reise, ist das Pech. Kümmert aber die Firmen nicht, bei denen Sie gebucht haben. Sie verlieren Ihr Geld ganz oder, je nach vertraglichen Stornobedingungen, teilweise. Wollen Sie sich für diesen Fall absichern, brauchen Sie eine Annullationskosten- oder eine Reiseversicherung mit Annullationsschutz. Solche Versicherungen können Sie bei den meisten Veranstaltern gegen Aufpreis für die einzelne Reise abschliessen (genügt, falls Sie nur selten Reisen buchen), oder Sie wählen ein Angebot einer Versicherungsgesellschaft mit Jahrespolice.

DIE HEIKLEN FÄLLE. So weit, so einfach. Probleme machen die unklaren Fälle. Zum Beispiel: Sie dürfen ins Zielland nicht einreisen, das Hotel ist aber geöffnet, und bezahlt haben Sie schon. Oder Sie haben es sich am Ferienort gemütlich eingerichtet, da meldet sich das lokale Gesundheitsamt: Sie hätten Kontakt mit infizierten Personen gehabt und müssten

Sehen Sie genau hin, ob Ihre Police Schutz bei Pandemie bietet.

in Quarantäne – obwohl Sie sich gesund fühlen. In der Regel stehen die Versicherer für den Verlust oder, im zweiten Beispiel, für die Mehrkosten des längeren Aufenthalts gerade. Es sei denn, das Kleingedruckte sehe anderes vor. Zum Beispiel, dass keine Deckung gewährt werde, wenn die Schadensursache eine Pandemie sei oder die Buchung zu einem Zeitpunkt erfolgt sei, zu welchem das Reiseland bereits als Risikogebiet gegolten habe.

DIE TIPPS. Wählen Sie beim Buchen jeder Leistung stets die Variante mit den kurzfristigsten Stornomöglichkeiten und vermeiden Sie Billigangebote ohne Storno-Option. Schliessen Sie, vor allem wenn es sich um eine teure Reise handelt oder Sie zu einer Risikogruppe zählen, eine Versicherung gegen Annullationskosten ab (siehe Text rechts). Unterschreiben Sie aber keinen Vertrag, bevor Sie sich über den Versicherungsschutz im Pandemiefall im Detail informiert haben. Fragen Sie bei unklaren Antworten nach und lassen Sie sich die aktuellen AVB (allgemeinen Versicherungsbedingungen) vorlegen!

VERSICHERUNG

DIE RICHTIGE POLICE

Oft geniessen Sie einen gewissen Annullationsschutz, wenn Sie mit Ihrer Kreditkarte bezahlen. Prüfen Sie zunächst die genauen Konditionen. Brauchen Sie besseren Schutz, vergleichen Sie die Angebote der Versicherer. Die Kosten einer Jahresprämie für Mehrpersonenhaushalte liegen zwischen 100 und 300 Franken, je nach Deckungsumfang. Einen Vergleichsrechner finden Sie beim Vergleichsportal moneyland.ch: **rebrand.ly/reisevers.**

Die Schweizer Jugendherbergen

Übernachten im preiswerten Hostel

Wer budgetfreundliche Ferien in der Schweiz plant, sollte sich bei den Jugendherbergen umsehen.

Wie bitte, Jugendherbergen? Schlafen im «Achterschlag» mit Dusche auf der Etage sei nicht so Ihr Ding, sagen Sie. Doch die Youth Hostels, wie sich die Schweizer Jugendherbergen inzwischen nennen, haben mehr drauf als Massenlager und Speisesäle. Von den 52 Herbergen mit über 6000 Betten in der Schweiz bieten 19 einen Standard, der Dreisternehotels vergleichbar ist, 23 entsprechen Zweisternhotels, und nur 10 figurieren in der Kategorie «Simple». Bis auf zwei sind in allen Herbergen auch Doppelzimmer buchbar, an 23 Standorten sind überdies Familienzimmer erhältlich.

Zwar checken heute nicht mehr nur Jugendliche im Hostel ein, sondern auch Erwachsene jeden Alters und Familien. Geblieben ist indes, dass sich die Schweizer Jugendherbergen als Non-Profit-Organisation zu

Die Herbergen bieten auch Doppel- und Familienzimmer an.

zwar zeitgemässen, aber preiswerten Leistungen verpflichten und einen nachhaltigen Tourismus fördern. (jk)

Mehr Informationen, auch über die aktuelle Preisaktion «Hostel-Pass», auf **www.youthhostel.ch**

workrätsel Gewinnen Sie 200 Franken in Reka-Checks!

Über 9000 Ferien- und Freizeitanbieter werden günstiger durch Reka-Checks: ÖV, Reisebüros, Hotels, Restaurants, Kinos, Tankstellen, Freizeitparks u. v. m. www.reka.ch

LÖSUNG UND GEWINNER AUS NR. 11
Das Lösungswort lautete: LATEINAMERIKA

	A	Z				P	I					I		U					
	B	E	L	I	E	R	S		B	A	U	C	H	N	A	B	E	L	
	B	H		B		A	B	R	E	I	S	E		G		R	E	C	
	A	N	R	A	T	E	N		R		T		R	U	H	I	G		
P	U	T	I	N		G		G	E	F	E	C	H	T		T		W	
	B		N		B	E	R	A	T	E	R		E		L	I	L	O	
	A	R	D	E	R	N		T		R		T	I	T	A	N	I	C	
A	R	I	E		I		P	E	N	S	I	O	N		B		E	H	
		T		S	T	A	U	S	E	E		R		B	O	M	B	E	
	W	E	I	T	E		T		U		S	T	I	E	R		S		
Y	I	N		R		D	E	F	E	K	T	E		H		L	T	U	
	R		K	U	B	A	N	E	R		R		G	R	A	U	E	N	
	K	N	U	P		B		G		B	E	R	R	A		M		D	
	E		S	P	I	E	L	E	R	E	I		A	M	P	E	R	E	
B	R	A	S	I	L	I	E	N		I	T	A	L	I	E	N	E	R	

DEN PREIS, ein Apple iPad von WAGNER AG, hat gewonnen: Heinz Kimmelmann, Schaffhausen. Herzlichen Glückwunsch!

verrufene Gaststätte (dt.)			gültig, gesichert	jenes hier	Zank, Krach			engl. Längenmass	Gegenteil v. unter
verlässt Unia-GL (Corrado)	▶			▼				Dumping-Fahrdienst	▶
span. Artikel	▶		genug!		Teilgebiet der Mathematik	▶			
Wort auf d. Wappen des Kt. VD	▶		▼			7		Hundejunges	
↳				6	Menge, Gruppe		abzüglich, minus	▶	
Symbolfigur des Verrates		Schneehütten der Inuit		kahlschneiden	▶			5	
billiger Zierat	▶	▼					Trikothemd		Schlange
↳		4		alleinig. Anspruch, Vorrecht		ad hoc, ungeplant	▶		▼
Rettungsflugwacht	gewellte Haarbüschel		südam. Buschmesser	▶			9		
ägypt. Tempelstadt	▶					saure Speisewürze		höchstbegabter Mensch	
↳			Abk.: Bundespolizei		hörig, treu	▶			
internat. Notrufzeichen		Verstärker (engl.)	▶						
eh. CH-Fussballer (Adrian)	▶		8		senegal. Musiker (Ismael)		Autokz. Kanton Tessin		gegerbte Tierhaut
Lehre vom Krebs (med.)		Wir bringen ... ins Schwitzen	▶		▼	2	▼		
↳									deponieren

Initialen e. frz. Filmidols der 60er	Nachlassempfängerin		ital. Klosterbruder (Kw.)		Wundabsonderung	Getreideblütenstand Mz.	betagt, nicht neu	jp. Begriff für Lebensenergie
▼	▼		Abrahams Sohn im AT	▶		▼	▼	
			Niederschlag		Lehrer Samuels	▶	1	
Volltreffer: alle ...		Jetzt erst ... !	▼					Singvogel
▼					Rückenstütze am Sitz		uneben, holprig	▼
US-Schauspieler † (Bruce)		Opfer von US-Polizeigewalt (... Floyd)	▶		▼		▼	
▼		▼		3			Nasallaut	Doppelkonsonant
		Kern e. Sache: das ...	▶		▼		▼	

	offizieller Widerruf			innere Angelegenheiten		sächl. Fürwort			
▼	▼		unabh. Filmproduktion	▶		▼			
	Pass im Tessin: Monte ...		▼						
südam. Gericht: Chili con ...	▼				Halbton über A	militär. Verband, Heer		optisch wahrnehmen
▼			gross-artig (Jugendsprache)		▼	▼	▼	
			▼					
					Nasallaut		Doppelkonsonant	
					▼		▼	

Lösungswort einsenden an: work, Postfach 272, 3000 Bern 15, oder per E-Mail: verlag@workzeitung.ch
Einsendeschluss 14.August 2020

INSERAT

AHV x 13: Jetzt unterschreiben!

Unterschreibe jetzt die Volksinitiative für eine 13. AHV-Rente. Denn unsere Arbeit verdient gute Renten.

WORKLESERFOTO

Atemberaubende Flugkünstlerin

WANN 29. Mai 2020
WO Lützelflüh BE
WAS Libellula quadrimaculata, Vierfleck-Libelle
Eingesandt von Anne-Marie Brand, Lützelflüh

Gewinnen Sie 100 Franken!

Senden Sie uns Ihr Lieblingsfoto: Wenn es abgedruckt wird, **gewinnen Sie 100 Franken!** Schreiben Sie uns, was es zeigt und wo, wann und wie es entstanden ist. Bitte vergessen Sie nicht, Ihre vollständige Adresse anzugeben.
Senden an redaktion@workzeitung.ch, Betreff «Leserfoto»

WORKFRAGE VOM 12. 6. 2020

Braucht es jetzt mehr Frauen in den Corona-Krisenstäben?

DER EFFIZIENTESTE WEG

Im Sandwich von Definitionsmacht und Systemrelevanz ist Schinken eingeklemmt: die Armee. Über ein Budget von 5 Milliarden pro Jahr (!) verfügt sie, diese Struktur mit weiblichem Artikel. 5,4 Milliarden Diensttage sind in einem der letzten Jahre geleistet worden. 12 Menschen, sozialisiert in einem Staatswesen mit einer Armee, managen die Krise. Ich wünsche mir mehr Kompetenz für die Veränderung unseres Staates. Das Verständnis für Makroökonomie, eine Alphabetisierung in der zugehörigen Wissenschaft dazu, ist die Voraussetzung. Denn 10 Frauen mehr in der Taskforce, jenem Gremium des Managements der aktuellen Krise, sind 10 Tröpfchen auf heisse Steine der Ungerechtigkeit.

THERES BLÖCHLINGER, PER MAIL

FÜR QUOTEN ÜBERALL

Was für eine Frage! Natürlich! Und nicht nur in den Krisenstäben. Denn einer der vielen Gründe, wieso es mit der Gleichstellung der Geschlechter nicht wirklich vorwärtsgeht, liegt genau in dieser Nichtbeachtung, dem «Vergessen», dem Ignorieren von Frauen in den entscheidenden Gremien. Damit wird die Sicht aller Nicht-Cis-Männer systematisch unsichtbar gemacht beim Treffen von Entscheiden. Deshalb braucht es Quoten: in der Politik, in der Verwaltung, in der Wirtschaft.

CARLA FISCHER, PER MAIL

WORKPOST

Läderach kündigt langjährigen Mitarbeitenden

Eine schrecklich fromme Familie

Sie sind bekannt für ihre «Frischschokolade» – und berüchtigt für ihre christlich-fundamentalistische Haltung: die Schoggihersteller Läderach. Jetzt stellt die Firma 27 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf die Strasse – ohne Sozialplan.

CLEMENS STUDER

Die 40 Filialen in Schweizer Städten und an grossen Bahnhöfen sind nicht zu übersehen. Die Schoggitafeln liegen offen in den Schaufenstern und in der Theke. Lange Zeit stand Läderach für ein innovatives Konzept des Schokoladeverkaufs. Neben Pralinés ist die sogenannte Frischschokolade ein Markenzeichen. Diese wird im Unterschied zur Konkurrenz nicht mit Kondensmilch oder Milchpulver hergestellt, sondern aus Frischmilch und Rahm. Die ganze Produktionskette liegt in der Hand des Familienunternehmens aus Ennenda GL – vom Kakaoanbau bis zum Verkauf in den eigenen Läden. Kennzahlen publiziert die Firma keine. Branchenexperten gehen von einem Jahresumsatz von rund 125 Millionen Franken aus.

SWISS SAGT TSCHÜSS!

Die Läderachs inszenieren sich als «soziales Unternehmen». Davon ist nichts zu merken bei den angekündigten Entlassungen von 27 Mitarbeitenden. Unter den Entlassenen sind auch viele, die gläubig und über sind und zum Teil fast 20 Jahre für die «Schoggikönige» gearbeitet haben. Sie erhalten weder eine Abfindung, noch gibt es einen Sozialplan. Dafür habe man leider kein Geld, verkündet Johannes Läderach, der von seinem Vater Jürg 2019 die Geschäftsleitung übernommen hat. Der Vater präsidiert den Verwaltungsrat. Jede Verwaltungsratssitzung eröffnet er mit einem Bibelspruch.

Geld für Abtreibungsgegner, aber nicht für einen Sozialplan.

Geld haben die Läderachs dafür für allerlei christlich-fundamentalistische Projekte. Auch dabei schreiben Vater und Sohn Seite an Seite. Zum Beispiel beim «Marsch fürs Läbe». Einem jährlichen Aufmarsch von Abtreibungsgegnern und Homophoben. Als die zentrale Rolle der Läderachs beim «Marsch fürs Läbe» publik wurde und schwulen- und lesbenfeindliche Sprüche der Firmenführer öffentlich wurden, zog die Fluggesellschaft Swiss die Reissleine. Nach 10 Jahren warf sie Anfang Jahr die Läderach-Pralinés, die sie an Passagiere verteilt hatte, aus den Fliegern. Und in Basel legten Aktivistinnen und Aktivisten die Läderach-Filiale mit Buttersäure für mehrere Tage still.

FÜHRE UNS NICHT IN VERSUCHUNG: Geht's um Sozialpläne, Abtreibung, Schwule und Lesben, zeigt Firmen Johannes Läderach nicht mehr seine Schoggiseite. FOTO: KEYSTONE

schrecklich fromme Familie zeigt, wie wenig sie die Würde der Arbeitnehmenden interessiert. Allen Bibelsprüchen zum Trotz. Im deutschen Dillenburg (Bundesland Hessen) schlossen die Läder-

Christliche Firmen: Der gottgegebene Reichtum

«Kein Gott, kein Kaiser noch Tribun»

Die Vorstellung, dass «fromme» Unternehmer zu ihren Arbeitenden besser schauen, war schon immer ein Irrtum. Nicht umsonst singen wir in der «Internationale»: Es rettet uns kein höh'res Wesen, / kein Gott, kein Kaiser noch Tribun. / Uns aus dem Elend zu erlösen / können wir nur selber tun!

JOSEF WEBER, PER MAIL

WORK 11 / 12.6.2020: CHINA ÜBERNIMMT DIE UNO

Geht wegen China die Welt unter?

Die Gewichte in der Welt verschieben sich und folglich auch in der Uno. Möchte Jean Ziegler den Status quo von 1945 festschreiben, als die Kolonialmächte – wie «aufgeklärt» auch immer – noch unumschränkt herrschten? Geht nun wegen China der Westen und mit ihm die Uno unter? Letztlich ist Jean Ziegler doch ein Eurozentriker geblieben.

P. LEUENBERGER, VIA WORKZEITUNG.CH

WORK 11 / 12.6.2020: EINE SCHRECKLICH FROMME FAMILIE

Scheinheiliger geht nicht!

Da kann man nur mit einem kompletten Boykott der Läden und Waren antworten. Scheinheiliger und unsozialer geht es nicht. Die meinen, sie seien etwas Besseres. Dass es so etwas in der Schweiz gibt! Da kommt mir nur in den Sinn, was meine Mutter immer sagte: «Oben hui, unten pfui!» Seit ich das weiss, kaufe ich bei diesen Brüdern nichts mehr und informiere alle Freunde und Bekannten in meinem Umfeld. Absolut widerlich!

MARTINA WOLFSCHOLTYSSEK, VIA WORKZEITUNG.CH

WORK 11 / 12.6.2020: ES WAR LYNCHMORD

Draufhalten und filmen

Dass sich viele Sicherheitskräfte rassistisch verhalten, ist eine Tatsache. Seit Jahren sind unzählige Fälle dokumentiert. Auch wenn die Verantwortlichen und rechte Politiker das immer bestreiten und – wenn's nicht zu bestreiten ist – als «Einzelfälle» hinstellen. Da hilft nur eins: mit dem Handy draufhalten und filmen, wenn Polizisten oder Kontrolleure auf People of color losgehen. Das mögen die uniformierten Rassistinnen und Rassisten gar nicht.

STEFF BRANDENBERGER, PER MAIL

WORK 11 / 12.6.2020: UNDERCOVER BEI UBER

Nicht cool

Die Uber-Reportage ist sehr gut! Hoffentlich lesen sie auch möglichst viele jener «Coolen», die so sehr auf die App abfahren, um Taxi zu fahren. Ihr günstiger Preis ist der Verlust der Fahrerinnen und Fahrer.

BEA SCHÄRER, PER MAIL

Prinzip Ausbeutung

Gerade die Coronakrise hat es deutlich gezeigt wie noch nie: Alle die angeblich so zeitgemässen sogenannten Plattform-Firmen funktionieren nach dem Prinzip Ausbeutung. Wer sich auf diese einlässt oder einlassen muss, verdient unter dem Strich prekär und ist im Krankheits- oder Krisenfall null abgesichert. Hier müssen dringend politische und rechtliche Schranken gezogen werden!

KURT SCHEIBLER, PER MAIL

Lohndruck für alle

Uber und Konsorten sorgen mit ihrem Geschäftsmodell für Lohndruck. Nicht «nur» bei jenen, die für sie schuften, sondern für alle Lohnabhängigen. Denn wenn einzelne Firmen Löhne drücken, ziehen die anderen mit. Angeblich, weil sie sonst nicht mehr «konkurrenzfähig» sind. Das nützt den Besitzenden und schädigt die Arbeitenden. Wer wundert sich da, dass sich die Politikerinnen und Politiker der Rechtsparteien so vehement gegen Regelungen dieser Wildwestökonomie wehren?!

ANITA OBERHOLZER, PER MAIL

Schreiben Sie uns

Ihre Meinung und Ihre Erfahrungen interessieren uns. Schreiben Sie per E-Mail an
redaktion@workzeitung.ch oder an
Redaktion work, Leserbriefe, Gewerkschaft Unia, Weltpoststrasse 20, 3000 Bern

workquiz

Wie gut sind Sie?

1. work-Sommerkrimi I:
Wie heisst der Autor?
a) Stephan Gärtner?
b) Stephan Pörtner?
c) Stephan Pförtner?
d) Stephan Glöckner?

2. work-Sommerkrimi II:
Wie heisst das Opfer?
a) Cédric
b) Charles
c) Chevalier
d) Christophe

3. work Sommerkrimi III:
Welches Ereignis stand bevor?
a) Spätarbeitslosigkeit
b) Frühpensionierung
c) Sofortlohnkürzung
d) Instantkaffeepause

4. work-Sommerkrimi IV:
Was war das Tatwerkzeug?
a) Pillen
b) Pistole
c) Pickel
d) Pinzette

ILLUSTRATION: NINOTCHKA.CH

Die Antworten finden Sie in dieser work-Ausgabe – oder, indem Sie sich oder die Zeitung auf den Kopf stellen!

Lösungen: 1b; 2b; 3b; 4a

work Sommerkrimi

Frühpensionierung

VON STEPHAN PÖRTNER

Die Krise war eine Zeitmaschine. So würde sie also sein, die Zeit nach der Pensionierung. Beide zu Hause, den ganzen Tag, wochenlang. Natürlich hatten sie Pläne. Dass es zu zweit in einem Wohnmobil einfacher wäre als in der Wohnung, die immerhin vier Zimmer hatte, bezweifelte sie von Tag zu Tag stärker. Dabei hatten sie es doch gut miteinander. Klar, da war die Routine, die Kleinigkeiten, über die sie sich aufregte, manchmal zu sehr, über die er sich aufregte, immer öfter zu sehr, aber wenn sie ihre Beziehung mit anderen verglich, musste sie sagen: Doch, doch, wir haben es gut. Obwohl seit über 15 Jahren verheiratet, führten sie eine Art Wochenendbeziehung, denn sie waren beide berufstätig. Noch zwei Jahre lang. Dann würden sie frühpensioniert. Sie wollten noch etwas haben vom Leben. Finanziell war es machbar, klar, mit Einschränkungen, aber diese konnten auch eine Bereicherung sein, und aus Materiellem hatte sie sich noch nie viel gemacht. Charles hatte alles ausgerechnet, ihr die Excel-Tabelle vorgelegt, und sie hatte schon bei der zweiten Spalte nicht mehr zugehört, aber so viel verstanden: Auf dem Papier ging die Sache auf.

Nach vier Wochen zu Hause wusste sie jedoch, dass es nicht aufging. Ganz und gar nicht. Charles nervte. Es war, als hätte sich jemand bei ihr eingenistet, der dem Mann glich, den sie geheiratet hatte, den sie aber nicht ausstehen konnte. War er schon immer so gewesen? Sie konnte sich nicht erinnern, konnte sich aber auch nicht erinnern, jemals so viel Zeit mit ihm verbracht zu haben. Als sie sich kennengelernt hatten, war sie eben wieder ins Berufsleben eingestiegen, er voll engagiert. Mitte vierzig noch mal heiraten, es doch noch hinkriegen. Irgendwie so musste es gegangen sein. Jetzt ging es nicht mehr. Er hatte um sie gekämpft, das hatte ihr gefallen. Er würde sie nicht ohne Kampf gehen lassen, und das gefiel ihr nicht.

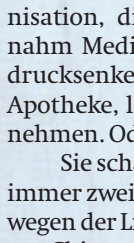
Er schluckte die Pillen und wurde immer ruhiger.

PLANUNG. Seit Wochen war das Gesundheitssystem am Anschlag. Charles wurde im Herbst sechzig, das grosse Fest war bereits in Planung. In seiner Planung. Die Organisation, die ganze Arbeit, war ihr zugeteilt. Charles nahm Medikamente wie fast alle in diesem Alter. Blutdrucksenker unter anderem. Sie kaufte die Pillen in der Apotheke, legte sie ihm hin, ab und zu vergass er, sie zu nehmen. Oder vergass, dass er sie schon genommen hatte.

Sie schaute, dass er sie täglich nahm, mehrmals, und immer zwei auf einmal. Die Dosierung habe sich geändert wegen der Lieferschwierigkeiten, die Medikamente kämen aus China oder Indien oder woher auch immer. Es interessierte ihn nicht. Er schluckte die Pillen, wurde ruhiger, schlief mehr, und als er so geschwächt war, dass er kaum mehr aufstehen konnte, rief er seinen Arzt an. Der wies ihn an, zu Hause zu bleiben und sich zu schonen. Seine Symptome entsprachen nicht jenen des Virus. Charles blieb zu Hause. Charles starb zu Hause. Herzstillstand.

STRESS. Das sei gar nicht selten, sagte sein Arzt, der den Tod feststellte. Von einem Tag auf den anderen von 100 auf 0, das könne paradoxerweise schwere Stresssymptome hervorrufen und das Herz schwächen, das komme immer wieder vor, meistens nach der Pensionierung. Die herrschende Verunsicherung mache das nur noch schlimmer.

Am Montag nach der Beerdigung, an der niemand hatte teilnehmen dürfen, meldete sie sich bei ihrem Arbeitgeber und teilte mit, dass sie die Frühpensionierung schon Ende Jahr antreten würde. Sie wollte noch etwas haben vom Leben. Ohne Charles.



STEPHAN PÖRTNER (54) lebt als Schriftsteller und Übersetzer in Zürich. Seine bisher fünf Kriminalromane um Jakob «Köbi» Robert erschienen im Krösus- und im Bilger-Verlag. Als Meister der kurzen Form schreibt Pörtner auch Kolumnen und Fortsetzungsromane. Pörtner erhielt mehrere Preise, zuletzt den Zürcher Krimipreis 2011 für «Stirb, schöner Engel».

ILLUSTRATION: NINOTCHKA.CH

Sozialabbauer? Lohndumper? Jobvernichter? work nennt die Namen. Angriffig, kritisch, frech.

work abonnieren.

Für nur Fr. 36.– im Jahr jeden zweiten Freitag direkt ins Haus.

Vorname/Name

Strasse

PLZ/Ort

Telefon/E-Mail

work, Abodienst, Postfach 272, 3000 Bern 15. www.workzeitung.ch

WORKIMPRESSUM work ist die Zeitung der Gewerkschaft **Herausgeberin** work, Gewerkschaft Unia **Verlag und Redaktion** Weltpoststrasse 20, 3000 Bern **Postadresse** Postfach 272, 3000 Bern 15 **Telefon Verlag und Redaktion** 031 350 24 18 **Fax** 031 350 24 55 **E-Mail Verlag** verlag@workzeitung.ch **E-Mail Redaktion** redaktion@workzeitung.ch **Internet** www.workzeitung.ch **Redaktion** Marie-Josée Kuhn (Chefredaktorin), mariejoseekuhn@workzeitung.ch; Anne-Sophie Zbinden (Stv. Chefredaktorin, Produzentin), annesophiezbinden@workzeitung.ch; Christian Egg, christianegg@workzeitung.ch; Ralph Hug, ralphhug@workzeitung.ch; Jonas Komposch, jonaskomposch@workzeitung.ch; Patricia D'Incau, patriciadincau@workzeitung.ch **Mitarbeit an dieser Nummer** Katrin Bärtschi, Gabriele Becker, Peter Bodenmann, Oliver Fahrni, Martin Jakob, Stephan Pörtner, Andreas Rieger, Clemens Studer, Jean Ziegler. **Gestaltung/Layout** Nina Seiler, ninaseiler@workzeitung.ch; Silvia Aeschbach, silviaaeschbach@workzeitung.ch **Korrektorat** Urs Remund, ursremund@workzeitung.ch **Sekretariat** Mirka Grossenbacher (Mo–Mi, Fr), verlag@workzeitung.ch **Anzeigenmarketing** Mirka Grossenbacher, Telefon 031 350 24 18, anzeigen@workzeitung.ch **Druck** CH Media Print AG, Im Feld 6, 9015 St. Gallen **Abonnement** Jahresabonnement (21 Ausgaben) Fr. 36.–, Einzelpreis Fr. 2.80, Euro 2.– **Abodienst** Unia-Mitglieder: Bitte wenden Sie sich an die zuständige Unia-Sektion. Übrige Abonnenten: Mo–Fr 9–11.30 Uhr, Telefon 031 350 24 18, abo@workzeitung.ch **Auflage** 83 058 inkl. Beilagen für alle Mitglieder der Gewerkschaft Unia.